

Die Bergbau-Industrie

Organ des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands

Bezugspreis durch Boten vierteljährl. 3 M., durch die Post 3,60 M. Einzelnummern 50 Pf. • Anzeigenannahme: Zentral-Union, GmbH., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. • Preis für die 25 mm breite Millimeterzelle 40 Pf. Platzvorchriften ausgeschlossen. • Postfach-Konto Hannover Nr. 57613. • Giro-Konto: Bank der Arbeiter, Angestellten u. Beamten, Filiale Bochum, Viktorstr. 46. • Tel.-Nr. 608 21. • Teleg.-Adr.: Mittelverband Bochum.

Die Reichskonferenz unseres Verbandes.

Am 6. und 7. September tagte im „Barthhaus“ in Bochum eine Reichskonferenz unseres Verbandes. Kamerad Hufemann eröffnete sie mit herzlichen Begrüßungsworten, gab einen kurzen Ueberblick über die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der letzten Monate und gedachte der in der letzten Zeit verstorbenen Verbandskameraden, von denen besonders Manillus Krause erwähnt wurde, der seit 1891 in den Reihen unserer Kampfgenossen stand.

Die Tagesordnung umfaßte Referate von

Hufemann: Wirtschaftsüberblick;

Vogt: Die Finanzkrise und ihre Auswirkung auf die Gewerkschaftspolitik;

Schmidt: Lohn- und Tarifrägen;

Marxmöller: Der Gewerkschaftslogreß;

Borgschulze: Notverordnung und Knappschaff.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung:

Wirtschaftsüberblick

führte Kamerad Hufemann aus:

Seit zwei Jahren verschärfte sich die Wirtschaftskrise in Deutschland immer mehr. Am 18. Juli dieses Jahres erlitt das deutsche Geldwesen einen schweren Schlag, der leicht zu der verhängnisvollsten Katastrophe hätte führen können. Das Vertrauen in die deutsche Wirtschaft, zu den deutschen Finanzen, zu der innerdeutschen Politik hat seit dem Herbst vorigen Jahres immer mehr gelitten. Das führte zur Zurückziehung kurzfristiger Auslandsgelder und bedrohte das deutsche Volk mit höchster Gefahr. — Hufemann schilderte kurz die Bankzusammenbrüche, die Stützung der Banken durch das Reich, die Devisenbewirtschaftung, Hoover-Plan und Stillhaltekonferenzen und führte weiter aus:

Trotz gewisser Erleichterungen durch die letzterwähnten Maßnahmen ist nicht damit zu rechnen, daß damit Deutschland geholfen wird. Eine Aenderung der Reparationsvereinbarungen erscheint unumgänglich notwendig. Daneben ist die Ordnung unserer öffentlichen Finanzen und darüber hinaus eine Umgestaltung unserer Wirtschaftsweise erforderlich. Alles das erfordert innere Ruhe in Deutschland, Fortsetzung der Verständigungspolitik, wirtschaftliche Verständigung mit anderen Völkern. Ein Rückzug aus der Weltwirtschaft, wie er die Folge der sogenannten nationalen Selbsthilfe sein müßte, kann für Deutschland nicht in Frage kommen. Jedes moderne Industrieland ist auf Gedeih und Verderb mit den anderen Ländern der Welt verbunden. Notwendig ist aber die

Aenderung unserer Wirtschaftsweise.

Mehr wie jemals zuvor hat die Entwicklung der letzten Zeit gezeigt, daß die Kontrolle der Wirtschaft durch den Staat, daß der staatliche Einfluß auf Wirtschaft und Außenhandel verstärkt werden muß. Für uns Bergarbeiter sind solche Fragen besonders in bezug auf Steinkohle und Kupfer wichtig. Leider hat die Reichsregierung die Gelegenheit nicht benutzt, das Notwendige und Mögliche zu tun, sie hat sich mit einem zweifelhaften Einfluß auf die Banken begnügt. Statt dem vom ADGB und dem AFl-Bund geforderten Bankenausschuss wurde als kümmerlicher Ersatz ein Bankenausschuss eingesetzt. Dabei darf es nicht bleiben! Diese Gewerkschaftsforderung, wie die Forderung nach energischer Monopolkontrolle, die Forderung nach Abbau unserer verrückten Zollpolitik muß energisch weiter vertreten werden. Die bisher betriebene Politik verschärfte die Krise durch erhöhte Arbeitslosigkeit und geminderte Kaufkraft. Den Verlust an Kaufkraft für das erste Halbjahr 1931 beziffert das Institut für Konjunkturforschung auf 3 Milliarden Mark, für das 3. Vierteljahr rechnet es mit einer weiteren erheblichen Verminderung. Als die Reichsregierung die Lohnsenkungsaktion unterstellte, begründete sie das damit, daß eine Senkung der Selbstkosten notwendig sei, um die Preise zu senken und um zu einer Erleichterung auf dem Arbeitsmarkt zu kommen. Wir sind aber trotzdem nur von 5 Millionen auf knapp 4 Millionen Arbeitslose im Hochsommer gekommen und in den letzten Wochen sehen wir schon wieder eine Steigerung der Arbeitslosenziffer auf 4,2 Millionen. Weitere bedrohliche Steigerungen stehen in Aussicht. Brüning sprach von 7 Millionen für den Winter, in den Vereinigten Staaten fürchtet man eine Steigerung der Arbeitslosenziffer auf 9 Millionen! Deshalb muß durchgreifendes und Vernünftiges geschehen, um die Arbeitslosigkeit zu mindern und die Unterstützung der Krisenopfer zu sichern.

Wenn das nicht geschieht, muß sich die Regierung darüber klar sein, daß die Entwicklung lebensgefährlich für Staat und Wirtschaft werden kann! Steidrübenwinter dürfen nicht wiederkehren! Elendszustände sind um so schwerer zu ertragen, je weniger eine gerechte Verteilung der Lasten auf die verschiedenen Bevölkerungsgruppen erfolgt. Die Reichsregierung begleitete ihre Notverordnung vom Juni mit einem Aufruf, in dem sie von der Volksgemeinschaft und von der Notwendigkeit sprach, alle Kreise der Bevölkerung nach Maßgabe ihrer Leistungsfähigkeit zur Tragung der notwendigen Lasten heranzuziehen. Wenn diesen schönen Worten entsprechende Taten gefolgt wären, dann stände es schon etwas besser um die Verhältnisse in Deutschland. Mehr wie

je muß man von der Reichsregierung fordern, daß sie ihren Einfluß energisch geltend macht, um zu einer solchen Lastenverteilung zu kommen. Bei einer solchen Politik würde die Regierung an der organisierten Arbeiterkraft und weit darüber hinaus einen Rückhalt finden. Wenn aber kommende neue Notverordnungen über das sogenannte Wirtschaftsprogramm wieder den alten Geist atmen, wenn sie nicht von wirklichem Gemeinschaftsgeist getragen sind, dann wird der Widerstand gegen eine solche Politik in breiten Schichten der Bevölkerung immer stärker werden. Eine gefährliche Krise für Wirtschaft und Staat müßte die Folge sein!

Die Bergarbeiter gehören zu den am schwersten bedrängten Arbeitnehmern in Deutschland. Die Gesamtbelegschaft im Bergbau ist ungefähr auf die Ziffer um die Jahrhundertwende gesunken, die Förderung beträgt aber 26,5 Millionen Tonnen mehr als im Jahre 1900. Im ersten Halbjahr 1931 ging die Förderung, verglichen mit derselben Zeit des Vorjahres, bei der Steinkohle um 18 Prozent, bei der Braunkohle um 13 Prozent, bei der Koksproduktion um 32 Prozent zurück. Fünf Millionen Feierschichten wurden im Ruhrbergbau eingelegt, das bedeutet die Arbeit von 31 000 Bergleuten, wie die Feierschichten in Oberschlesien die Arbeit von über 5000 Bergleuten bedeuten. Es ist ein großer Mangel unserer Syndikatspolitik, daß sie nicht in der Lage ist, die Beschäftigung im Bergbau einigermaßen gleichmäßig zu verteilen. Eine ungeheuer große Menge der Bergleute kann nur 16, 18 Schichten im Monat arbeiten, in anderen Betrieben gibt es 3, 4 Feierschichten im Monat und noch immer ist der verrückte Zustand nicht verschwunden, daß ein Teil der Belegschaft feiert und ein anderer während dieser Zeit vollseht. Günstlinge werden bevorzugt, die übrigen können zu Hause bleiben!

Die Gesamtbelegschaft im deutschen Bergbau, die 1921 noch rund 1,2 Millionen betrug, ist bis Mitte 1931 auf rund 500 000 Mann zurückgegangen.

Ein großer Teil der abgebauten Bergarbeiter erscheint heute nicht mehr auf dem bergbaulichen Arbeitsmarkt, weil sie teilweise in andere Berufe übergegangen sind und infolgedessen bei erneuter Arbeitslosigkeit nicht mehr zu den arbeitslosen Bergarbeitern gezählt werden.

Trotzdem waren am 1. August d. J.

im Ruhrkohlenbergbau noch 94 524 voll arbeitslose Bergarbeiter

vorhanden, die zum allergrößten Teil kaum darauf rechnen können, jemals wieder Beschäftigung zu finden.

Wohl in keinem anderen Berufsweize ist das Problem der langfristige Erwerbslosen so drängend wie gerade im Kohlenbergbau, wo der Siegeszug der Technik hunderttausende von Bergarbeitern um ihren Arbeitsplatz gebracht hat.

Von der Steinkohlenförderung Deutschlands wurden nach amtlichen Angaben im Jahre 1926 58 Prozent maschinell gewonnen, d. h. mit Abbauhämmern, Preßluftschaden, Schrämmaschinen und sonstigen Maschinen, im Jahre 1930 ist dieser Prozentsatz auf 82,5 Prozent angestiegen. Der höchste Grad der Mechanisierung ist im Ruhrgebiet verwirklicht, wo 1930 93,8 Prozent der Förderung maschinell gewonnen wurden. Beachtlich hoch ist auch der betreffende Prozentsatz für Sachsen mit 89,2 Prozent und Niederschlesien mit 81,9 Prozent für 1930, während der sächsische und ober-schlesische Bergbau stark dagegen zurückbleiben. Der ober-schlesische Prozentsatz beträgt für 1930 nur 21,2 Prozent. In einem Jahr wuchs der Schichtförderanteil an der Ruhr um 55 Prozent, Oberschlesien 36 Prozent usw.

Diese Entwicklung läßt sich nicht wieder zurückschrauben, ja sie wird sogar weitergehen, wenn auch in einem notwendigerweise langsameren Tempo.

Damit sind eine Reihe von wirtschaftsorganisatorischen Fragen aufgeworfen, die noch ihrer Lösung harren. Als wichtigste davon stellt sich in diesem Zusammenhang

die Arbeitszeitfrage

dar. Ohne eine baldige systematische Verkürzung der bergbaulichen Schichtzeit werden die entsehten Maschinenkräfte im Bergbau nicht mehr zu bändigen sein, weder in betriebswirtschaftlicher noch absahorgamifizatorischer noch in sozialpolitischer Hinsicht. Wir können nicht 10 Jahre eine Arbeitslosigkeit tragen, die durch Arbeitszeitverkürzung gemindert werden kann und muß.

In betriebswirtschaftlicher Hinsicht schleppt der Bergbau eine Kapitalkostenbelastung mit, welche die Rentabilitätsausichten in starkem Maße verdunkelt und eine ständige Verleitung für die Zechenbesitzer zum Lohnabbau und anderen reaktionären, volkswirtschaftlich schädlichen Maßnahmen darstellt. Der Bergbau ist bisher vor dem notwendigen Kapitalkapital zurückgeblieben, der durch die Uebersteigerung der Fördermöglichkeiten unumgänglich geworden ist.

Der Abbau der überhöhten Kapitalkosten ist der Angelpunkt aller Selbstkostenenkungen.

Der Reichsverband der Deutschen Industrie, der Langnamverein, die Handelskammern des Industriegebiets haben Forderungen zur Wirtschaftsgestaltung an die Regierung gestellt, die im Wortlaut nicht bekannt sind. Sicher ist nur, daß sie auf weitere allgemeine Lohnsenkung, auf Abbau der Sozialleistungen, des Tarifrechts usw. hinauslaufen. So wird glatte Weg die Zahlung von Arbeitslosenunterstützung nur an „Bedürftige“ gefordert. Die Beseitigung aller sogenannten „Zwangswirtschaft“, die Zerstückelung der Tarifverträge

spielen dabei eine große Rolle. Wenn schon die Unternehmer die Errungenschaft der Tarifverträge und des Schlichtungswesens nicht völlig beiseite räumen können, so wollen sie doch einen gesetzlich erlaubten Spielraum, der ihnen „Vereinbarungen“ zwischen den einzelnen Belegschaften und den Werken gestattet, um auf diese Weise das Volkselend zum Lohndruck und zur Beseitigung sozialer Fortschritte auszumühen. Sie schreien gegen soziale Subventionen, genießen sich aber nicht, selbst immer wieder neue Subventionen für Banken und solche für die Industrie einzustecken, wie es z. B. auf dem Umweg über den Benzolzoll geschieht.

Aber auch absahorgamifizatorische Entschleßungen sind erforderlich. Nach langem Hängen und Würgen ist nunmehr mit Wirkung ab 1. September eine zehnjährige

Verlängerung des Ruhrkohlenyndikats

bis zum 31. März 1942 zustande gekommen.

Dieser Neuregelung, die auf einem Einmann-Schiedspruch des Geschäftsführers des Reichskohlenrates, Herrn Bergbaupräsidenten Bannhold, beruht, ist eine Aenderung des Kohlenwirtschaftsgesetzes vorausgegangen. Die Verpflichtung des Reichswirtschaftsministers, mangels einer Einigung der Zechenbesitzer ein Zwangssyndikat zu bilden, ist durch Notverordnung in eine Kann-Bestimmung umgewandelt worden. Wir hätten es für zweckmäßiger gehalten, wenn der Reichswirtschaftsminister ohne Aenderung des Kohlenwirtschaftsgesetzes nach Betragung des Reichskohlenrates eine langfristige Syndikatsverlängerung von sich aus verordnet hätte, bei der dann in höherem Maße gemeinwirtschaftliche Gesichtspunkte hätten Berücksichtigung finden können, als das nunmehr der Fall ist.

Die Umlageneuordnung — hierum drehte sich im wesentlichen der 1½-jährige Syndikatsstreit — bringt eine Entlastung der Hüttenzechen gegenüber der gleichmächtigen Tonnenumlage nach dem alten Verrage von monatlich etwa 1½ Millionen M., die auf diese Weise aus der üblichen bergbaulichen Erlösrechnung herausfallen und der Eisenindustrie zugute kommen.

Unsere Vertreter haben am 12. August im Großen Ausschuss des Reichskohlenrates dem neuen Syndikatsvertrage, der ja auch für die übrigen Syndikate eine gewisse Standardbedeutung hat, zugestimmt, obwohl die sehr berechtigten Aenderungswünsche, die wir zum wiederholten Male mit eingehender Begründung vorgebracht hatten, unerfüllt geblieben sind. Jedenfalls ist damit die Gefahr eines syndikatslosen Zustandes abgewendet worden.

Die Pflege des Inlandskohlenmarktes muß über den von den Zechenbesitzern in den Vordergrund gestellten Exportrückblicken stehen. Die hohen internationalen Frachtkosten, die im letzten Jahre mehr als ein Viertel der gesamten Lohnsumme verschlungen haben, machen eine internationale Kohlenverftändigung, der wir ja nun schon seit Jahren das Wort reden und für die auch im Schoße des Völkerbundes praktische Wege entwickelt worden sind, zur dringlichsten Aufgabe des Tages.

Es ist bedauerlich, daß wir gerade jetzt der höchstaktiven Mitarbeit der englischen Arbeiterregierung ermangeln. Dennoch halten wir an unserer Forderung fest, bei den wirtschaftlichen Kohlenverhandlungen ebenso beteiligt zu werden, wie bei den sozialpolitischen Bergbauverhandlungen.

Nach Pressemeldungen soll der englische Zentralkohlenrat eine Einladung an die führenden europäischen Kohlenländer zur Teilnahme an einer gemeinsamen Konferenz, die noch in der zweiten Hälfte des September stattfinden soll, haben ergehen lassen. Offenbar wollen dadurch die Bergbauunternehmer nicht nur die Mitarbeit der Bergarbeiter, sondern auch die Mithilfe der Regierungen und des Völkerbundes ausschalten. Nach der sehr fragwürdigen Probe am organisatorischen Können, die die Ruhrindustriellen bei der letzten Syndikatsverneuerung abgelegt haben, wo sie noch nicht einmal imstande waren, ihr eigenes Haus in Ordnung zu bringen, muß man hinsichtlich solcher Sonderaktionen, wie sie jetzt in London unternommen werden sollen, doch sehr mißtrauisch sein.

Wir halten es für ein Uding, daß bei der starken politischen Bedeutung des Kohlenbergbaus die Regierungen aus solchen Verhandlungen ferngehalten werden können.

Was jetzt in London unternommen wird, ist daher ein überflüssiger Umweg, den die Bergbauunternehmer bei einem größeren nationalwirtschaftlichen und weltwirtschaftlichen Einordnungsvermögen besser vermeiden hätten und statt dessen den geraden Weg der Hinzuziehung aller Beteiligten gegangen wären.

baldige internationale Kohlenverftändigung

gesucht werden. Wir sehen, wie verschiedene Kohlenländer, wie Frankreich und Belgien, zu einer Behinderung der Kohleneinfuhr kürzlich übergegangen sind, wodurch die internationalen Kohlenmarktverhältnisse nur noch verworrenere werden. Durch eine am 16. Juli veröffentlichte Verordnung ist die Einfuhr von Kohle nach Frankreich von der Einholung von Einfuhrscheinen abhängig gemacht worden, die ab 1. September auch für Hüttenlofs und Koks, der für Kokereien bestimmt ist, in Betracht kommen. Auf Grund dieser Maßnahme soll eine Verminderung der Einfuhr um etwa 20 Prozent, gemessen am Durchschnitt der drei letzten Jahre, eintreten, Deutschland, dessen Ausfuhr nach Frankreich ohnehin rückgängig war, wird davon wohl weniger betroffen als Polen, Holland und England.

Ähnliche Maßnahmen hat Belgien getroffen. Verhandlungen zwischen Belgien und dem Deutschen Kohlsyndikat haben ein bis zu Ende dieses Jahres laufendes Abkommen erzielt, das Deutschland gewisse Erleichterungen bringen soll. Die Belgier beabsichtigen eine gleichzeitige Herabsetzung der Produktion und der Einfuhr von Kohlen, mit Ausnahme von Koks und Bunkerkohle. Die gesamte Einschränkung der Einfuhr soll 24 Prozent gegenüber dem Vorjahr betragen. Protektionismus ist im allgemeinen eine ansteckende Krankheit, und wenn wir sehen, wie andere Länder den internationalen Kohlenhandel durch derartige Maßnahmen verriegeln, so vermindert sich dadurch, vielleicht auch in Deutschland die Scheu, an derartige Dinge zu denken.

Grundsätzlich ist ja bei uns durch das Institut des Reichskohlenkommissars die Kohleneinfuhr und Kohlenausfuhr ebenfalls lizenzpflichtig. Die Lizenzerteilung ist aber nicht willkürlich, sondern wird nach handelspolitisch ausgehandelten Kontingenten gehandhabt. In dieser Form wird man dieser Reglementierung keine Dauerexistenz wünschen wollen. Aber es bleibt zu überlegen, ob nicht an Stelle des Reichskohlenkommissars, der in seiner Person einen interessanten gemischtwirtschaftlichen Typus darstellt,

ein Kohleneinfuhrsyndikat

zu sehen ist, das die privaten Kohleneinfuhrgewinne gemeinwirtschaftlichen Zielen dienlich macht. Dadurch würde sich eine Möglichkeit eröffnen, um der Knappschaff ein dauernden Ausgleich für die im Interesse des Bergbaues und der Bergarbeiter zu tragenden und in der jetzigen Verfassung untragbaren Lasten zu verschaffen. Dieser Gedanke muß sorgfältig erwogen werden und wir würden es begrüßen, wenn in der Diskussion darauf eingegangen würde.

Sanierungsbedürftigkeit des Mansfelder Kupferbergbaues

aufgetaucht. Vom deutschen Kupferverbrauch produziert Mansfeld etwa ein Zehntel; neun Zehntel werden eingeführt. Würde man auf Grund dieser Sachlage eine Kupferaufnahmeorganisation schaffen, durch deren Hände sowohl das Inlands- als auch das Auslandskupfer vertrieben wird, so brauchte wahrscheinlich die Auflage auf den gesamten Kupferverbrauch kaum so schwerwiegend sein, daß daraus eine unbillige Belastung entstehen würde. Die wenigen Prozente Preisaufschlag, die sich aus der Umrechnung der Mansfeldsubvention auf den gesamten Kupferverbrauch ergeben, dürfen angesichts des sehr niedrigen ausländischen Kupferpreises für das Endprodukt nicht sonderlich ins Gewicht fallen. Wir werden diesen Gedanken mit dem gewohnten Ernst, allerdings auch mit der gewohnten Vorsicht weiter verfolgen. — Außer dem Kupferbergbau ist auch

die Lage im Eisenerzbergbau des Sieg-, Lahn- und Dillgebietes

bejorgnisserregend. Allein im letzten Monat sind dort sechs Gruben stillgelegt worden. — Auch in der

Kaliindustrie

mehren sich die Schwierigkeiten. Die Lagerbestände auf den Werken des Kaliberzgebietes betragen Ende Juli 3 Millionen Doppelzentner K₂O, das ist etwa der gesamte Absatz eines Vierteljahres. Eine gleich große Menge liegt auf den Syndikatslagern, weil auch der Auslandsabfall stark zurückgegangen ist. Der Auslandsabfall an Kalisalzen ist vom 1. Jan. bis Ende Juli um 46,9 Prozent zurückgegangen. Im August waren nur noch 43 Werke unter Tage außer den 8 Werken, die nur über Tage produzieren, im Betrieb. Die Arbeiterzahl ist bis auf 12 949 Ende Juli zurückgegangen. Dabei sind im Juli noch 60 973 Feiertage im Kaliberzgebiet eingelegt worden.

Bon den Rückwirkungen der Kohlenkrise ist auch der Saarbergbau

stark betroffen. Der Saarkohlenabfall nach Frankreich ist im ersten Halbjahr 1931 gegenüber der entsprechenden Vorjahresperiode um 6,5 Prozent zurückgegangen. Ebenso hat die Ausfuhr von Saarkohle nach dem Reichsgebiet einen etwa zehnprozentigen Rückgang erfahren. Die Folgen sind auch an der Saar Feiertage und Entlassungen.

Wohin wir also auch schauen, in die allgemeine deutsche Wirtschaft oder in den deutschen Bergbau, sehen wir Verschlechterung statt Besserung. Große Sorgen für die Zukunft bedrücken uns. Das muß uns anspornen, immer energischer unseren Einfluß zugunsten der Bergleute auszuüben. Gerade in Zeiten schwerer Krisen haben die Gewerkschaften sich nie unterliegen lassen und so muß es auch in dieser schweren Zeit sein. Kopf hoch muß die Parole sein für die Gewerkschaften und ihre Mitglieder! Die Mitglieder müssen sehen und begreifen, daß die Gewerkschaften und ihre Führer einheitsvoll einen schweren, aber notwendigen Weg gehen. Daran dürfen alle sich mutigen Angriffe von rechts und links nichts ändern. Niemals sind die Gewerkschaften solchen Angriffen von Unternehmern, Kommunisten und Nazis mehr ausgesetzt gewesen, als in der letzten Zeit. Wir dürfen die Hoffnung haben, daß wie bisher so auch in der Zukunft solche Angriffe in ihrem Endergebnis erfolglos bleiben werden. Der Volksentscheid, der das republikanische Preußen der finsternen Reaktion in die Hand spielen sollte, hat trotz der Unterstützung durch Millionengelder aus Unternehmer- und Rechtskreisen, trotz der arbeiterverräterischen Unterstützung durch die Kommunisten mit einer glatten Niederlage geendet.

Der Frankfurter Gewerkschaftskongreß hat gezeigt, daß die deutschen Gewerkschaften eine Macht sind, die man nicht ohne weiteres an die Wand drücken kann. Wenn Kapitalistenkreise unverdächtige Forderungen erheben, müssen wir der Deffenlichkeit und den Regierungen sagen:

Zur Wirtschaft gehören nicht die Unternehmer allein, nicht ihr totes Kapital, sondern vor allen Dingen der lebendige menschliche Mensch!

Er hat Anspruch auf ein menschenwürdiges Leben, Anspruch auf Hilfe in Zeiten der Not, insbesondere dann, wenn er nicht für diese Notzustände verantwortlich ist. Die Erhaltung einer gerechten sozialen Fürsorge, die Erhaltung eines Lebensstandes für die Arbeitnehmer, der nicht zur Verelendung führt, ist eine Lebensfrage für Wirtschaft und Staat, hinter der jedes kurzfristige Privatinteresse kapitalistischer Interessenten zurücktreten muß.

Die Wirkung der Krise auf unseren Verband

ist außerordentlich schwer. Lohnsenkungen, Feiertage und Arbeitslosigkeit wirken sich nicht nur aus in den öffentlichen Einnahmen, sie spiegeln sich auch wieder in unseren Beitragseinnahmen. Insofern oder gerade deswegen müssen wir die Zag-

haften und Mutlosen aufrichten, müssen wir einen evtl. Abgang an Mitgliedern infolge des Belegschaftsabbraus ausgleichen durch neue Mitgliedergewinne aus den Reihen derjenigen, die noch in Arbeit stehen. Den Forderungen unserer Gegner stellen wir unsere berechtigten Forderungen gegenüber. Wir stellen ihnen gegenüber den Glauben an unsere gerechte Sache, den Glauben, daß die Krise nur gemildert und überwunden werden kann durch neue Mittel der Wirtschaftsführung! Nur Ueberführung kapitalistischer Interessenwirtschaft in vernünftig geleitete Gemeinwirtschaft kann das Wirtschaftsleben unserer Zeit bannen. In diesem Sinne müssen wir unsere Mitglieder schulen, um sie immer fester an die Organisation zu ketten. Dann werden wir in der Lage sein, Angriffe auf Lebenshaltung und Sozialfürsorge nach Möglichkeit abzuwehren und bessere Wege für die Wirtschaftsentwicklung erfolgreich zu weisen. (Lebhafter Beifall.)

Kommunisten fordern Lohnabbau von 20 Prozent!

Daß die Kommunisten mit einem Januskopf herumlaufen, dürfte bekannt sein. In ihren Forderungen sind sie nicht kleinlich. Hört man sie, so müßte man glauben, die Gewerkschaften sind in der Lage, den Mond herunterzuholen. Anders ist es jedoch, wenn sie selbst die Verantwortung tragen oder gar als Unternehmer auftreten. Die Kommunisten haben bekanntlich einige Konsumgenossenschaften heruntergewirtschaftet und sie dem Bankrott nahegebracht. Darunter befindet sich der Allgemeine Konsumverein Halle. Gegen ihn kauft der Zentralverband der Angestellten den Schlichtungsausschuß wegen Abschluß eines neuen Tarifvertrages anrufen. Durch Schlicht-

spruch wurde der zwischen dem ZBV und der Hallischen Einkaufsvereinigung bestehende Tarifvertrag wieder in Kraft gesetzt. Ein weiterer Schlichtspruch bestimmte, daß die Tarifgehälter um 8 Prozent gekürzt werden sollten. Diese Kürzung sollte nach Meinung des Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses nur infolge der besonderen wirtschaftlichen Verhältnisse des Allgemeinen Konsumvereins zustande kommen. Ueber den weiteren Verlauf der Dinge wollen wir die Verbandszeitung des ZBV (Nr. 17) reden lassen:

„Den roten Konsumstrategen war aber das nicht genug. Nachdem sie vorher schon den Manteltarif abgelehnt hatten, hatten sie mit ihren KGD-Gelben sich einen regelrechten Wertvereinstarif-Erfolg fabriziert. Der Allgemeine Konsumverein legte dem Schlichtungsausschuß einen mit der KGD abgeschlossenen Gehaltstarif vor, der einen Gehaltsabbau von ungefähr 20 Prozent vorsah. Dieselben KGD-Leute, die nicht laut genug die freien Gewerkschaften des Berrats riefen und „Keinen Pfennig Lohnabbau!“ schreien, schließen im Augenblick des Tarifstreits einen Gegentarif mit rund 20 Prozent Gehaltsabbau ab! Vernünftigerweise ging der Schlichtungsausschuß über den Gehaltstarif der KGD zur Tagesordnung über. Das hat den Allgemeinen Konsumverein veranlaßt, in einem Schreiben an den gesetzlichen Schlichtungsausschuß gegen seine Einstellung zu polemisieren. Dem Schlichtungsausschuß wird vorgeworfen, nur „nach rein politischen Gründen“ geurteilt zu haben. Es wird weiter ausgeführt, daß die KGD eine wirtschaftliche Vereinigung von Arbeitnehmern ist mit dem Ziel, die wirtschaftliche Lage der Arbeitnehmer (Lohn, Arbeitszeit usw.) zu verbessern. Gehaltsabbau von 20 Prozent — das nennen die Kommunisten, wenn sie Tarife abschließen, „Verbesserung“ der wirtschaftlichen Lage der Arbeitnehmer! — So sehen diese Herrschaften aus, wenn sie als Unternehmer auftreten!

Die englische Kohlenkrise.

Nachdem in der vorigen Nummer der „Bergbau-Industrie“ einige Angaben über den gegenwärtigen Stand der Weltkohlenwirtschaft gemacht wurden, sollen nunmehr einige Betrachtungen über die spezielle Lage in den größten europäischen Kohlenländern folgen, und zwar wollen wir dabei mit einem Blick auf die englische Kohlenwirtschaft beginnen, da England bekanntlich in der Steinkohlenproduktion Europas an erster Stelle steht. Die zahlenmäßigen Unterlagen für diese Darlegungen entnehmen wir dem Bericht des Reichskohlenverbandes.

Nach diesen Angaben hat sich die Steinkohlenförderung und Kohlenausfuhr Englands folgendermaßen entwickelt:

Table with 2 columns: Steinkohlenförderung (in Mill. met. To.) and Kohlenausfuhr (ohne Bunkerkohlen) (in Mill. To.). Rows for years 1900, 1913, 1923, 1927, 1928, 1929, 1930, 1931 (1. Vierteljahr).

Wie vorstehende Produktionsziffern zeigen, ist die englische Kohlenförderung im letzten Jahre gegenüber dem Vorjahre verhältnismäßig wenig zurückgegangen. Der Rückgang beträgt etwa 5,5 Prozent, während er im Weltmaßstab 9,1 Proz., in Deutschland sogar 12,7 Prozent betrug. Die kohlenwirtschaftliche Lage in England scheint demnach relativ günstig zu sein. Dieses günstige Bild ändert sich aber sehr, wenn man die Förderziffern von 1930 mit denen von 1913 vergleicht. Ein derartiger Vergleich zeigt nämlich, daß die englische Kohlenproduktion im letzten Jahre mit 44,3 Mill. To. unter dem Stand von 1913 lag. Diesem Förderrückgang steht verständlicherweise auch ein Sinken der Ausfuhr gegenüber, da — wie die zweite Zahlenreihe zeigt — die Kohlenausfuhr von 77,9 Mill. To. im Jahre 1913 auf 59,2 Mill. To. im letzten Jahre zurückging. Bezeichnend für diesen Rückgang ist die Tatsache, daß die englische Kohlenausfuhr im gleichen Zeitraum nach Japan von 0,4 auf 0,1, nach Südamerika von 7 auf 4,2 und nach Europa von 60,2 auf 44,2 Mill. To. zurückging. Die Ursachen dieser rückläufigen Entwicklung sind leicht zu erkennen, wenn wir die Wandlungen beachten, die in einem großen Teil der europäischen Kohleneinfuhrländer inzwischen eingetreten sind. Bereits in dem letzten Bericht wurde betont, daß Holland seine Produktion seit 1913 um nahezu das Siebenfache gesteigert hat und auch andere Staaten, wie Frankreich und Belgien, durch Steigerung ihrer Eigenproduktion sich unabhängiger von dem Bezug ausländischer Kohlen gemacht haben. Wie wenig aber der englische Bergbau seine Produktionsgrundlage inzwischen einschränkt und die Strukturwandlungen berücksichtigt hat, zeigt die Fördermenge von 280 Mill. Tonnen im Jahre 1923, wo infolge des passiven Widerstandes im Ruhrgebiet sich der Abfall der englischen Kohlen automatisch vergrößerte.

In welcher Weise die englischen Bergarbeiter von den Krisenwirkungen betroffen wurden, zeigt folgende Gegenüberstellung von Belegschaft und Schichtdauer:

Table with 3 columns: Jahresdurchschnitt, Gesamtbelegschaft, Schichtdauer (*). Rows for years 1900, 1913, 1923, 1924, 1927, 1928, 1929, 1930.

*) Schichtdauer, d. h. einfaß. Ein- und Ausfahrt, aber ohne feste Pausen. Danach hat sich auch die Zahl der englischen Bergarbeiter seit 1924 bis zum letzten Jahre um etwa 300 000 vermindert. Ueber die Entwicklung des Schichtförderanteils im englischen Bergbau unterrichten uns folgende Zahlen:

Table with 2 columns: Förderanteil je Schicht und Kopf der Gesamtbelegschaft. Rows for years 1914 (Ende Juli), 1927, 1928, 1929, 1930.

*) Erstes Halbjahr. Nach diesen Angaben lag der Schichtförderanteil im englischen Bergbau im letzten Jahre 7,8 Prozent über dem Vorkriegsstand. Welcher Anteil hierbei auf das Konto der Rationalisierung zu buchen ist, zeigen nachstehende Ziffern von der

Table with 2 columns: Year, Percentage. Rows for years 1926, 1927, 1928, 1929.

Die maschinelle Gewinnung von Kohlen ist demnach im Vergleich zu dem deutschen Bergbau als noch geringfügig zu bezeichnen, da im letzten Jahre in Deutschland rund 82 Prozent der Steinkohlenförderung auf maschinellem Wege gewonnen wurden.

Soweit die Art der Kohlegewinnung und der Schichtförderanteil in Frage kommen, sind demnach die englischen Bergbauverhältnisse gegenüber den deutschen noch grundverschieden. Betrachtet man dagegen den gesunkenen Beschäftigungsgrad, die Arbeitszeit sowie die Abfallmöglichkeiten, dann ergibt sich, daß auch der englische Bergbau mit erheblichen Schwierigkeiten zu rechnen hat.

Es ist nun sehr beachtenswert, auf welche Weise die englischen Bergarbeiter eine Lösung dieser Schwierigkeiten erstreben. Auf dem letzten Bergarbeiterkongreß erörterte man vor allem drei Auswege: erstens die Verstaatlichung der Gruben, zweitens eine internationale Verständigung und drittens eine Rationalisierung. Die erste Forderung nach Verstaatlichung der Gruben begründen die englischen Bergarbeiter nach einem Bericht des IGB vor allem mit der mangelhaften Organisation des Bergbaues. Es heißt da:

„Was die Reorganisation und Zusammenfassung der Gruben betrifft, so wird ihre Notwendigkeit durch nachstehende Ziffern dargelegt. Es gibt in Großbritannien insgesamt 2159 Gruben, die von insgesamt 1288 Unternehmen ausgebeutet werden. Im Jahre 1929 förderten diese Gruben insgesamt 258 Mill. To. Kohlen. Von den 2159 Gruben produzierten 1129 (372 verschiedene Unternehmen) 236 Mill. To. (91,5 Prozent der Gesamtförderung), während der Rest von 22 Mill. To. (8,5 der Gesamtförderung) auf nicht weniger als 1030 verschiedene Gruben von 866 verschiedenen Unternehmen entfällt.“

Bezüglich der internationalen Verständigung führte der Vorsitzende des englischen Bergarbeiterverbandes nach der gleichen Quelle aus:

„Wir haben seit langem eingesehen, daß das Problem nur auf Grund internationaler Übereinkommen mit den anderen Kohle produzierenden Ländern gelöst werden kann. Solche Versuche sind in den letzten fünf Jahren unternommen worden, haben jedoch sehr geringe Resultate gezeitigt. Bis solche Übereinkommen erzielt werden, sollte zur Unterstützung der Exportdistribute eine nationale Abgabe auf fallende produzierte Kohle erhoben werden. (Inzwischen haben sich auch die Unternehmer in ihrer großen Mehrheit für eine solche Abgabe ausgesprochen.) Ich glaube, daß die Lage in der Kohlenindustrie sofortige Maßnahmen nötig macht. Von Stunde zu Stunde werden die Verhältnisse verwickelter. Obwohl unsere Löhne auf Grund des kürzlich zur Annahme gelangten Gesetzes für ein Jahr garantiert werden, müssen sofort entscheidende Schritte unternommen werden. Geschieht dies nicht, so besteht die Gefahr, daß nach Ablauf der besagten Garantiezeit die Arbeitslosigkeit in den Distrikten für Exportkohle noch viel schlimmere Formen annimmt. Wenn wir lediglich versuchen würden, Deutschland und Polen jene Märkte wegzunehmen, die sie in den letzten Jahren erobert haben, so würden dadurch nur neue ernste Krisen entstehen. Viel besser wäre es, wenn die britische Kohlenindustrie alles tun würde, um mit den Ländern des Kontinents zu einem Übereinkommen zu gelangen. Würden die britischen Unternehmer die Initiative ergreifen, so würden sie in begriffenswerter Weise von ihren Traditionen abweichen, und den Kohle produzierenden Ländern einigermassen Vertrauen einflößen.“

Wie inzwischen durch die Tagespresse bekannt geworden ist, haben die englischen Bergwerksbesitzer tatsächlich zu einer internationalen Kohlenkonferenz eingeladen, die in der zweiten Septemberhälfte in London stattfinden soll. Ueber den Vertretern der politischen, französischen, holländischen und des schwedischen Bergbaues sollen auch die deutschen Unternehmer ihr Erscheinen zugesagt haben. Das eventuelle Ergebnis dieser Konferenz wird in der Presse sehr zwiespältig beurteilt. Einerseits spricht man von einem ersten Schritt zur internationalen Kohlenverständigung, zum anderen werden die Erfolgsaussichten deutscherseits sehr skeptisch beurteilt. Näheres dürften deshalb erst die nächsten Tage erbringen.

Ueber den dritten Weg, das Problem der Rationalisierung, soll der englische Bergarbeiterführer ausgeführt haben:

„Der Bergarbeiterverband begünstigt wissenschaftliche Methoden und ist für die möglichst umfassende Technisierung. Die Rationalisierung soll jedoch in Zusammenarbeit mit den Arbeiterorganisationen durchgeführt werden, damit für die Sicherheit der beschäftigten und die Zukunft der freigesetzten Arbeiter gesorgt wird.“

Aus alledem ist zu entnehmen, daß der Druck der Kohlenkrise auch die englischen Bergarbeiter veranlaßt, Krisenauswege zu suchen. Wenn einzelne Forderungen, wie der Ruf nach Unterstützung der Ausfuhrbezirke und weiterer Technisierung auch als rein nationale Krisenhebel anzusehen sind, so bleibt doch von grundsätzlicher Bedeutung, daß sie ihre größten Hoffnungen auf die internationale Verständigung und eine Verstaatlichung der Gruben setzen.

Der 14. Gewerkschaftskongress in Frankfurt a. M.

In schwerster wirtschaftlicher und sozialer Notzeit tagte in der Woche vom 30. August bis 5. September 1931 der 14. Kongress der freien Gewerkschaften Deutschlands in Frankfurt a. M. Die Tagung wurde eingeleitet durch eine gewaltige Kundgebung der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter von Frankfurt und Umgebung am Sonntag, dem 30. August, auf dem Festhallengelände am Platz der Republik. Kollege Eggert vom DGB, Schevenels, Generalsekretär der Gewerkschaftsinternationale, und Kollege Schorsch (Wien) richteten warme und begeisternde Worte an die vielen Tausenden, die zu der Kundgebung herbeigeeilt waren. Die Wucht dieser Kundgebung war wohl die beste Antwort auf die Beschimpfungen und Verleumdungen, mit denen die Nazis und Kommunisten in letzter Zeit die Gewerkschaften vor der Arbeiterschaft zu mißkreditieren suchten. Abends fand im Ballmangartenaal, dem Tagungsraum des Kongresses, ein Begrüßungsabend zu Ehren der Delegierten statt, die sich dann am Montag, dem 31. August, zur Eröffnung der eigentlichen Kongressverhandlungen zusammenfanden.

Folgende Tagesordnung wurde angenommen: 1. Wahl der Kongressleitung und Kommissionen; 2. Bericht des Bundesvorstandes (Leipart, Bundesvorsitzender); 3. Die Umwälzung in der Wirtschaft und die Vierjahresplanwoche (Professor Dr. Lederer, Heidelberg); 4. Öffentliche und private Wirtschaft (Oberbürgermeister Brauer, Altona); 5. Entwicklung und Ausbau des Arbeitsrechts (Bundessekretär Nüppel); 6. Anträge zu den Bundesfassungen; 7. Wahl des Bundesvorstandes; 8. Erledigung sonstiger Anträge.

Als Gäste nahmen teil: W. Schevenels (DGB), Nygaard u. Rjaerbol (Dänemark), de Vlaemijck (Brüssel), L. Souhauz (Paris), W. Sewaldt (Mümel), E. van der Lende (Holland), Schorsch, Anna Bachel (Wien), K. Krawczyk (Warschau), Per Bergmann (Stockholm), M. Weisler und B. Lang (Schweiz), R. Klein (Tschschowtsch), A. Beyer (Ungarn). — Von den Behörden hatten sich angemeldet: Vertreter des Reichsarbeitsministeriums, Reichswirtschaftsministeriums, Reichsversicherungsamtes, Internationalen Arbeitsamtes, des preussischen Ministeriums für Volkswirtschaft, des preussischen Ministeriums für Handel und Gewerbe, des bayerischen und bessischen Staatsministeriums, der Oberpräsident Haas, Bürgermeister Gräf, Dr. Syrup, Dr. Engler, Dr. Sturmfels.

Nachdem die Begrüßungsworte gesprochen waren, wobei der Bundesvorsitzende an den Reichsarbeitsminister Stegerwald die Bitte richtete, auch in der Regierung sich ebenso mutig für eine gerechte Wirtschafts- und Sozialpolitik einzusetzen, wie er es erfreulicherweise in seiner Ansprache an den Kongress tat, wurde in die Verhandlung der Tagesordnung eingetreten, wobei zuerst durch Th. Leipart

Der Geschäftsbericht des Bundesvorstandes

gegeben wurde, aus dem wir nachstehend einen kurzen Auszug wiedergeben:

Das Gesamtergebnis der Lohnkämpfe

Der letzten Jahre läßt sich dahin zusammenfassen: In den Jahren 1928 und 1929 ist es den Gewerkschaften gelungen, die Tariflöhne um etwa 13 Prozent zu verbessern; im Jahre 1930 mußten die übertariflichen Verdienste geopfert werden, und 1931 wurden auch die Tariflöhne um etwa 6 Prozent gekürzt. Gegenwärtig bewegen sich die effektiven Stundenlöhne ungefähr auf derselben Höhe wie im Jahre 1928, die Wochenverdienste der Beschäftigten sind aber infolge der verkürzten Arbeitszeit fühlbar gesunken.

Wenn das Gleichgewicht der Wirtschaft von der Lohnseite her gestört worden ist, so nicht deswegen, weil die Gewerkschaften die Löhne in unverantwortlicher Weise heraufgeschraubt haben, sondern weil die Arbeitgeber sich der wirtschaftlich notwendigen Steigerung kurzfristig widersetzen, so daß die Kaufkraft der Volksmassen weit hinter der Produktivität der Arbeit blieb. Ich will mit diesen Feststellungen die Bedeutung der tatsächlich erreichten Lohnsteigerung nicht herabsetzen, ich sage vielmehr, daß dank dem System der Tarifverträge und dank der Widerstandskraft der Gewerkschaften im Jahre 1930 der deutsche Binnenmarkt nicht in dem Maße ausgehöhlt wurde,

wie dies der Fall gewesen wäre, wenn die Arbeitgeber die Löhne nach ihrem Wunsch hätten festsetzen können. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß ohne erfolgreiche Lohnbewegungen in den Jahren 1925 bis 1929, falls die Löhne auf dem Tiefstand des Jahres 1924 geblieben wären, das Arbeitslosenheer in Deutschland nicht vier Millionen, sondern viel mehr, vielleicht doppelt soviel gezählt hätte.

Die Reichsregierung entschloß sich, den Unternehmern zu Hilfe zu kommen, indem sie die Parole der allgemeinen Lohnsenkung nunmehr in ihr eigenes Regierungsprogramm aufnahm und ihren starken Einfluß auf die staatlichen Schlichtungsorgane gegen die Gewerkschaften einlegte.

Das ist der schwerste Vorwurf, den wir der jetzigen Reichsregierung machen müssen! Einmal weil dieser Eingriff in das Machtverhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitern sich in der ungerechtesten Weise einseitig gegen die Arbeiter richtete, zum anderen, weil er, statt der Wirtschaft zu dienen, die Krise ganz erheblich verschärfte und die Arbeitslosigkeit vermehrt hat.

Überprüfen wir den Ablauf der letzten drei Jahre, so müssen wir — bei aller objektiven Beurteilung — zu der Anklage kommen, daß

die Lasten der Wirtschaft um so stärker auf die Schultern der Arbeiter abgewälzt worden sind, je mehr wir uns dem Zeitpunkt der Wirtschaftstätigkeit genähert haben.

Ich erinnere an die Verschlechterungen in der Sozialversicherung, ich erinnere nochmals an den Lohnabbau durch den staatlichen Schlichtungsapparat, ich erinnere an das Dreiklassensteuerrecht der Krisensteuer, die nur notdürftig gemilderte Kopfsteuer, die drastisch als „Regersteuer“ bezeichnet worden ist. Auf der anderen Seite aber sehen wir, wie eine Fülle von direkten und indirekten Geld- und Kreditsubventionen, Schutzgöllen, steuerlichen Entlastungen und anderen Vergünstigungen sich auf die übrigen Wirtschaftskreise ergießen: auf die Industrie, auf die Banken, auf das Handwerk, auf den Hausbesitz, auf die Landwirtschaft. Die Arbeiter aber will man wohl wieder wie vor dem Kriege zu bloßen Objekten der Gesetzgebung machen.

Ich darf als Beispiel die Landwirtschaft herausgreifen. Wir anerkennen die Not der Landwirtschaft ebenso, wie wir vor der Not anderer Wirtschaftskreise die Augen nicht verschließen. Wir billigen es, wenn der Landwirtschaft geholfen wird, aber es ist für die Arbeiterschaft untragbar, daß eine künstliche Rauffraustreibung zur Regel wird, deren jährlicher Umfang mindestens ebenso groß ist wie alle Ausgaben der Arbeitslosenversicherung, der Krisen- und Wohlfahrtsunterstützung zusammen. Es ist untragbar, daß die Bevorzugung der Landwirtschaft das Handelsvertragsystem erschüttert.

Professor Bonn schlägt die Beträge, die für Subventionen, Darlehen und Kreditgarantien gegeben werden, auf 838 Mill. M., der Milliardensegen, der aus den überhöhten Preisen fließt, die man den Konsumenten abnimmt, auf 2,5 Milliarden. Angesichts dieser Riesenbeträge von beinahe 3,5 Milliarden ist es erstaunlich, wie die Masse der Arbeitslosen bisher noch immer

ruhig geblieben ist. Wie lange aber darf man den Millionen Arbeitslosen diese Ruhe und Selbstenheit noch zumuten? Wann endlich wird die Regierung sich entschließen, von der bisherigen Agrarpolitik abzulassen? Deutschland kann sich in seiner fürchterlichen Lage nicht den Luxus leisten, zurückgebliebene Produktions- und Absatzmethoden künstlich am Leben zu erhalten.

Wir müssen dringend verlangen, daß keine Steuermark fernerhin denjenigen zugewendet wird, die sich ihr Brot noch jezt nach Arväterweise erwerben und den Fortschritt der Zeit widerstreben, sondern daß sie denen zugewendet wird, die trotz aller Bemühungen keine Arbeit und kein Brot erhalten können.

Für

unere Tätigkeit auf sozialpolitischem Gebiet

stand begreiflicherweise während der ganzen Berichtszeit die Frage der Arbeitslosigkeit und der Versorgung der Arbeitslosen im Vordergrund.

Die der großen Arbeitslosigkeit entspringenden Finanzschwierigkeiten, die Gefahr des weiteren Steigens der Arbeitslosigkeit im kommenden Winter und die Tatsache, daß durch die Aussteuerung der langjährig Erwerbslosen eine starke Verlagerung der Unterstützung aus der Versicherung in die Krisenfürsorge und die gemeinliche Wohlfahrtspflege erfolgt, haben in letzter Zeit vielfach zu der grundsätzlichen Forderung geführt, die Arbeitslosenversicherung zu sistieren und mindestens vorübergehend für den gesamten Arbeitslosenschuß wieder zu einer auf der Bedürftigkeitsprüfung aufgebauten allgemeinen Erwerbslosenfürsorge zurückzuführen. Wir dürfen nicht zulassen, daß die Wirtschaftskrise benutzt wird, das Rechtsprinzip der Arbeitslosenversicherung in Deutschland wieder zu vernichten.

Wir haben mit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion verlangt, daß die Krisenfürsorge und die gemeinliche Unterstützung der Wohlfahrtsverwerbslosen zu einer

allgemeinen Reichsarbeitslosenfürsorge

zusammengefaßt werden. Unter anteilhafter Belastung von Reich, Ländern und Gemeinden soll diese alle erwerbslosen Arbeitnehmer betreuen, die keine Ansprüche an die Arbeitslosenversicherung haben. Die Reichsarbeitslosenfürsorge muß dem jetzigen Zustand ein Ende machen, daß zahlreiche überlastete Gemeinden völlig leistungsunfähig werden und dem Arbeitslosen einen genügenden Schutz nicht mehr gewähren können.

Zu der weiteren Finanzierung der Versicherung sollten, entsprechend der Belastung aller verdienenden Arbeitnehmer, auch alle anderen Einkommensträger, insbesondere alle höherverdienenden, einschließlich der Beamten, nach Maßgabe ihres Einkommens zur Kostendeckung herangezogen werden. Für völlig unberechtigt halten wir nach wie vor die Sonderstellung der Landwirtschaft. Im übrigen müssen, solange die Not der großen Arbeitslosigkeit andauert, entsprechend öffentliche Mittel bereitgestellt werden.

Die Wirtschaftskrise trifft die jüngeren Arbeiter besonders schwer.

weil es vielen von ihnen durch den Arbeitsmangel unmöglich gemacht wird, in einem Beruf wirklich Fuß zu fassen. Es ist unter diesen Umständen kein Wunder, wenn vielfach der Gedanke Platz greift, daß eine mehrjährige Berufsausbildung unter den heutigen Verhältnissen ihren Sinn verloren hat. Das ist aber eine durchaus falsche Meinung, der wir mit Nachdruck entgegenzutreten müssen. In wenigen Jahren wird wieder die normale Zahl Jugendlicher nach Lehr- und Arbeitsstellen suchen, d. h. es werden davon doppelt soviel wie gegenwärtig benötigt werden. Deshalb muß schon heute in höherem Maße als bisher von den Großbetrieben — sowohl von den privaten als von den öffentlichen — die Pflicht der Nachwuchsausbildung erfüllt werden. Die Erfüllung dieser Pflicht darf nicht länger in das Belieben des einzelnen gestellt bleiben. Das Berufsausbildungsgebot muß unter allen Umständen sobald wie möglich fertiggestellt werden.

Der vom Hamburger Kongress aufgestellten Forderung nach gesetzlicher Regelung der Ferien für die Jugendlichen ist bisher nicht entsprochen worden. Nicht minder bedauernd ist für die deutsche Sozialpolitik, daß z. B. noch immer die Nachtarbeit Jugendlicher zwischen 16 und 18 Jahren uneingeschränkt zulässig ist, ja, daß in einzelnen Industrien noch Ausnahmen für die Beschäftigung Jugendlicher unter 16 Jahren in den Nachtstunden gewährt werden können. Wir müssen erneut betonen, daß in einer Zeit, in der Millionen erwachsener Menschen unfreiwillig ohne Beschäftigung bleiben, dieser Zustand noch weniger als sonst erträglich ist. — Wir halten eine

organisatorische Reform zur Vereinheitlichung der gesamten Renten- und Krankenversicherung

nicht nur für notwendig, sondern auch für möglich. Hierbei muß dann aber nicht nur in der Invalidenversicherung, sondern auch in der Unfallversicherung die in der Reichsverfassung zugesagte maßgebende Mitwirkung der Versicherten gewährt werden.

Die Versicherungsleistungen haben nichts gemeinsam mit Pensionen und anderen Leistungen aus öffentlichen Mitteln. Wir weisen darum auch entschieden zurück, daß im Kampf gegen die Sozialversicherung immer wieder öffentliche Lasten und Leistungen der Sozialversicherung zusammengeworfen werden, um unter Hinweis auf die dabei errechneten hohen Summen die Untragbarkeit zu beweisen. Auch die Arbeiter haben Anspruch auf ausreichende Versorgung in Notfällen und im Alter. Sie zahlen hierzu ihren Beitrag aus ihrem Arbeitsertrag, erfüllen von dem großen Gedanken der gegenseitigen Hilfeleistung und um die öffentliche Wohltätigkeit nicht in Anspruch nehmen zu müssen. Es sind hohe ethische Werte, von denen die Sozialversicherung getragen wird. Darum kann nur ein Ausbau, nicht aber ein Abbau in Frage kommen.

Das für die Gewerbygiene und den gesundheitlichen Arbeiterschutz wichtigste Ereignis in der Berichtszeit ist der Erlaß der Verordnung über Berufskrankheiten vom Februar 1929. Am Zustandekommen dieser Verordnung haben wir regen Anteil genommen. Es sind größtenteils unsere Anträge, denen bei der Erweiterung der Liste der entzündungspflichtigen Berufserkrankungen von 11 auf 22 entsprochen worden ist. Die größte Bedeutung unter den neu entzündungspflichtig gewordenen Erkrankungen kommt der Staublungenkrankung zu.

Es ist eine selbstverständliche Forderung der Gerechtigkeit, daß die Berufskranken, die durch das Arbeitsrisiko erwerbsunfähig geworden sind, den Schutz der Unfallversicherung genießen. Darüber hinaus jedoch hat die Gleichstellung der Berufskrankheiten mit den entzündungspflichtigen Unfällen den wertvollen Zweck, den Gesundheitsschutz im Betriebe nachhaltig zu fördern. Denn nunmehr, da durch die Entschädigung der Berufskrankheiten den Berufsgenossenschaften Kosten entstehen sind die Voraussetzungen geschaffen, auch Krankheitsverhütung im Betriebe zu treiben.

Innerhalb der Organisation unseres Bundes hat die

Konzentration der Kräfte

im Sinne der Breslauer Kongressbeschlüsse weitere Früchte getragen. Die Zahl der im Bund vereinigten Gewerkschaften ist durch Zusammenschluß beruflich verwandter Verbände von 35,

dies auf dem Kongress in Hamburg noch vertreten waren, auf 30 Verbände Ende 1930 gesunken.

Die Bezirksorganisation des Bundes hat sich in den letzten Jahren sehr vorteilhaft eingearbeitet und viel dazu beigetragen, daß trotz der schwierigen Wirtschaftslage der Bestand unserer Bewegung nur wenig erschüttert werden konnte. Das gilt auch gegenüber den Zersplitterungsbestrebungen der kommunistischen Partei. Das Experiment der Moskauer Gewerkschaftsinternationale, eigene Organisationen aufzubauen und die kommunistischen Anhänger in der RSD. zu sammeln, darf als völlig fehlgeschlagen bezeichnet werden.

Ueber die hohe Bedeutung der Arbeiterbildung und die großen Aufgaben der Gewerkschaften auf diesem Gebiete haben wir vor drei Jahren auf dem Hamburger Kongress ernsthafte Verhandlungen gepflogen und Beschlüsse gefaßt, die auch in der Öffentlichkeit und besonders in der Fachwelt große Beachtung gefunden haben. Aus unserer Bildungsarbeit in der jetzigen Berichtszeit ist als wichtigstes Ereignis die Inbetriebnahme der Bundeschule in Bernau zu erwähnen. Mit ihr ist eine vorbildliche Lern- und Lebensstätte, ist ein geistiges Zentrum für die Bewegung entstanden, dessen Wirken sich heute schon fruchtbar erweist. Es ist sicherlich nur ein Ausbruch blinden und blöden Neides, aber auch die deutlich erkennbare Angst vor der zukünftigen Wirkung unserer Bildungstätigkeit, wenn in gewissen bürgerlichen Zeitungen in dem gewohnten trauten Verein mit der kommunistischen Presse die Einrückungen der Bundeschule immer wieder glossiert und geradezu mit Gift und Galle bespielt werden. Der Weger der Gegner kann unsere Freude an der Bundeschule nur erhöhen und unseren Willen nur verstärken, die Bildungstätigkeit der Gewerkschaften energisch fortzusetzen.

Ich möchte nicht schließen, ohne wenigstens einen kurzen Blick noch auf

die internationale Lage

zu werfen. Ich meine die Lage des deutschen Volkes gegenüber dem Ausland. Wir, die wir stets und grundsätzlich für die friedliche Zusammenarbeit der Völker eingetreten sind, ohne von dem Ansehen und der Würde der eigenen Nation das geringste preisgegeben, haben ein Recht zur Freude darüber, daß sich nach allfälliger Überwindung der Gefahr völliger Isolierung Deutschlands jetzt ein freundlicheres Verhältnis zwischen den Regierungen anzubahnen scheint, das die erste Voraussetzung für die wirtschaftliche Gesundung der Welt ist. Wir Gewerkschaften sind mit dies ersten gewesen, die öffentlich ausgesprochen haben, daß die Deutschland auferlegten ungeheuren Reparationslasten unerträglich sind und in hohem Maße dazu beigetragen haben, die wirtschaftliche Krise in der Welt zu verschärfen. Die katastrophale Lage nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen Ländern hat den Jahresplan des Präsidenten der Vereinigten Staaten entstehen lassen, dessen Durchführung aber nicht das Ende, sondern nur ein Anfang zu neuen Reparationsverhandlungen sein kann. Denn auch nach unserer Auffassung besteht kaum eine Möglichkeit, daß Deutschland nach Ablauf des Jahres die Reparationen in alter Höhe wieder aufnehmen kann. Wollte man Deutschland etwa dazu zwingen, so wäre das der voraussehbaren Folgen wegen weder wirtschaftlich, noch politisch zu verantworten. Darum müssen wir im Interesse der deutschen Arbeiterschaft eindringlich die Forderung erheben, daß während dieses Jahres ein Weg gesucht und gefunden wird, um

endlich eine auf vernünftiger wirtschaftlicher Grundlage fußende Regelung der Reparationen

herbeizuführen. Das ist notwendig nicht nur im Interesse Deutschlands, sondern ist eine unumgängliche Voraussetzung für die Rettung aller Länder aus der wirtschaftlichen Weltkrise.

In der

Distussion zum Geschäftsbericht

wurden sehr harte Worte an den Reichsarbeitsminister Stegerwald gerichtet, dem man vorwarf, bei der Verteidigung der Arbeiterinteressen innerhalb der Brüning-Regierung nicht genügend Widerstand gezeigt zu haben, da sonst so ungeheuerliche Verschlechterungen für die Arbeiterschaft, wie sie durch die letzte Notverordnung geschaffen worden seien, unmöglich gewesen wären. Auch Leipart brachte in seinem Schlusswort zum Ausdruck, daß in Zukunft mit aller Kraft an der Durchführung der gewerkschaftlichen Forderungen gearbeitet werden müsse. Daß der Kongress diesem Versprechen volles Vertrauen entgegenbrachte, bewies die Tatsache, daß er mit allen gegen eine Stimme dem alten Vorstande das Vertrauen aussprach.

Es wurden dann nachstehende

Entschliefungen des Bundesvorstandes

einstimmig angenommen:

I.

„Die Politik der Reichsregierung verrät in steigendem Maße die Tendenz, durch Abbau der sozialen Gesetzgebung und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen eine Entlastung der öffentlichen Haushalte und verstärkte Kapitalbildung in der privaten Wirtschaft zu erzielen. Gegen diese einseitige Heranziehung der Arbeiter zu schweren und vielfach die nackte Existenz gefährdenden Opfern muß der Kongress um so mehr Einspruch erheben, als er der seltenen Ueberzeugung ist, daß auf diesem Wege die gegenwärtige Krise niemals überwunden werden kann. Abbau der Sozialleistungen und Abbau der Löhne führen unweigerlich zur Verelendung der breiten Volksschichten, die als Arbeitskräfte wie als Konsumenten für die Wirtschaft unentbehrlich und als Volksgenossen entscheidende Stützen staatlicher Ordnung, friedlichen Zusammenlebens und kultureller Entwicklung sind.“

Nicht minder scharf muß verurteilt werden das sich allenthalben deutlich zeigende Bestreben der Regierung, den Einfluß der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften auf dem Gebiete der sozialen und wirtschaftlichen Verwaltung und der kollektiven Regelung der Arbeitsverhältnisse zurückzudrängen. Der Kongress weist entschieden den Versuch zurück, die Krise zur Entrechtung der Arbeiter auszunutzen.

Die Gewerkschaften treten heute wie stets für Aufrechterhaltung und Ausbau der sozialen Gesetzgebung, insbesondere der Sozialversicherung ein. In der Versicherung für Arbeitslosigkeit, Krankheit, Unfall, Alter und Invalidität sehen sie auch heute noch einen entscheidenden Bestandteil des Arbeitsverhältnisses. Die Erhaltung und ausreichende Sicherung dieser Einrichtungen ist nicht minder wichtig als die Sanierung der öffentlichen Haushalte.

Sie verlangen des weiteren in einer Zeit, in der die Arbeiter unter den Fehlern unverantwortlicher Führer der privaten Wirtschaft am stärksten zu leiden haben, die Gewährleistung verstärkter Einflusses der Gewerkschaften in allen sozialen und wirtschaftlichen Körperschaften, sie fordern im Interesse sozialer Gerechtigkeit die Befähigung der unerschütterlichen Härten und Rechtsbeschränkungen, deren sich insbesondere die Notverordnung vom 5. Juni 1931 schuldig gemacht hat.“

II.

„Der internationale Charakter der heutigen Krise erschwert ihre Bekämpfung im Rahmen einer einzelnen Volkswirtschaft. Deshalb muß eine großzügige internationale Arbeitsbeschaffung auf der Grundlage einer internationalen Kreditvereinbarung angestrebt werden.“

Der Kongress beauftragt daher den Bundesvorstand, die in dieser Richtung unternommenen Bemühungen des Internationalen Arbeitsamtes tatkräftig zu unterstützen.“

Altes stürzt! Neues kommt!

Jahrhunderte alte Traditionen werden durch den wirtschaftlichen Widerstand der kapitalistischen Wirtschaftsordnung über den Haufen geworfen. Zum zweiten Male in der Geschichte Englands wurde mit der alten Methode gebrochen, daß die stärkste Partei allein die Regierung stellt. Einmal war es während des Krieges, wo die Parliamentsregierung der Konservativen abgelöst wurde durch das Konzentrationskabinett Lloyd George, in dem Vertreter der verschiedenen Parteien saßen. Jetzt hat Wirtschafts- und Finanznot die Arbeiterregierung gesprengt. Zehn Minister halten zu Macdonald und seinen Sparplänen, acht waren gegen ihn, eine neue Regierung mit stärkstem Einfluß der Konservativen und Liberalen folgte. Dies Kabinett will nur die Sparaktion durchführen, dann zurücktreten und Neuwahlen auslösen.

Was die englische Arbeiterregierung geleistet hat, wird mit unergänzlichen Verräten im Blick der Geschichte verzeichnet bleiben. Die außenpolitische und Verteidigungspolitik dieser Regierung sind außerordentlich groß, hervorragend ihre Bemühungen um wirtschaftliche und politische Verständigung. In der Innenpolitik waren die sozialen Bemühungen, die Sorge um die Hebung der englischen Wirtschaft, des englischen Bergbaues usw. hervorragend. Vor einem Jahre führte der Schatzkanzler Snowden einen erbitterten Kampf, um einen Fehlbetrag von über 700 Mill. M. ohne neue Belastung der breiten Volksmassen zu decken. Es gelang ihm, die neue Belastung nur auf die Schultern der Besitzenden zu legen. Aber die Krise traf auch England immer schärfer, drohte sein Geldwesen zu zerrütten und seinen Haushalt zusammenbrechen zu lassen. Vorgetragene Sparmaßnahmen betrafen auch den Gehaltsabbau für untere Beamte, Abbau im Schulwesen, Beitragserhöhung für die Arbeitslosenversicherung, zehnprozentigen Abbau der Arbeitslosenunterstützung und evtl. zehnprozentigen Finanzzoll für das Freihandelsland England. Ueber diese Pläne war mit dem Gros der Arbeiterpartei und dem Generalrat der Gewerkschaften keine Einigung zu erzielen.

Arbeiterpartei und Gewerkschaften in England fühlen sich stark genug, auf Kompromisse mit bürgerlichen, sozialpolitisch reaktionär eingestellten Gruppen zu verzichten. Sie werden den Kampf um Finanz- und Wirtschaftsgesundung im Parlament mit eigenem Programm führen. Sie wagen das, weil sie stark sind, weil Englands Arbeiterklasse nicht zerrissen ist in die verschiedensten Organisationsrichtungen! Sie stellen den Kampf um die Lebenshaltung der Arbeiter, die Sorge für die Erwerbslosen in den Vordergrund des Kampfes, weisen aber auch hin auf die internationale Verrücktheit des kapitalistischen Systems. Sie sagen in einem Aufruf im „Daily Herald“:

„Es war unvermeidlich, daß der entschlossene und sorglich durchdachte Plan, die Regierung zur Herabsetzung der Arbeitslosenunterstützung zu zwingen, zu den Auswirkungen führte, über die wir heute berichten... Dieser Vorstoß — wir haben es immer und immer wieder gesagt — ist selbstmörderisch. Indem man den Arbeitslosen und den Arbeitern Geldmittel entzieht, verschärft man die Krise und erhöht die Arbeitslosigkeit... England ist noch nicht abgewirkt; aber die Lösung seiner Schwierigkeiten liegt nicht auf der Linie der Verarmung der Massen durch drastische Einschnitte in die Erwerbslosenunterstützung, wilde Zugriffe auf die Löhne und Abdröselung der sozialen Leistungen...“

Es gibt sicherlich in England Mittel und Wege, der sozialen Not Herr zu werden, ohne neue schwere Belastung der Arbeiterklasse. Die Frage ist nur, ob die Arbeiterklasse stark genug ist, dies Ziel zu erreichen oder ob Macdonald Recht hat, wenn er nach deutschem und österreichischem Beispiel Kompromisse schließt, um Schlimmeres zu verhüten. Parlamentskampf und Neuwahlen werden die Antwort geben.

Der Aufruf weist aber auch auf die tieferen internationalen Ursachen der Krise hin, wenn er sagt:

„Auch lassen sich die Finanzschwierigkeiten nicht trennen von vorhergegangenen Dingen, die mit dem Vertrag von Versailles ihren Anfang nahmen. Von dem Augenblick an, als dieser karthagische Friede aufgelegt wurde, erhoben sich warnende Stimmen in der Arbeiterbewegung, doch die Warnenden wurden von manchen verpöndelt, die für die heutige Situation verantwortlich sind.“

Es wurde vorausgesagt, daß die Reparationen großen Schaden verursachen werden, daß sie schließlich abgekauft werden müssen und daß der ganze Geist des Vertrages zu einem neuen Vertrügen führen wird.

Die Ereignisse bestätigen die Voraussage. In der ganzen Menschheit beginnt man einzusehen, daß die Welt nicht zu normalen Bedingungen zurückkehrt, ehe die internationalen Kriegsschulden gestrichen sind.

Auch die Abrüstung muß kommen! In diesem Lande gibt man jetzt jährlich 95 Millionen Pfund Sterling (1,9 Milliarden Mark!) für militärische Zwecke aus.

Diejenigen, die diese Ausgaben befürworten und sie noch erhöhen möchten, sagen als erste, England sei zu arm, um seinen Lehrern, Beamten, Ordentlichem ein anständiges Gehalt zu zahlen, den Kindern einen ordentlichen Schulunterricht zu bieten und die Arbeitslosen in einem Zustande zu erhalten, der ihnen die Rückkehr ins Erwerbsleben ermöglicht, wenn die Zeit gekommen ist.“

Englands Lage ist schwer, aber sie ist nicht zu vergleichen mit der in Deutschland. Mehr wie in irgendeinem anderen Lande der Welt hat in Deutschland kapitalistische Fehltraktionen, unjüngliche Kapitalanlage in nicht notwendigen Unternehmungen, Stilllegung unter fortdauernder Verzinsung der in stillgelegten Werken stehenden Kapitalien, Ausbeutung der Arbeitslosenversicherung durch egoistische Unternehmer, Ausplünderung des Volkes durch Kartell- und Zölpolitik zur Verschärfung der Krise beigetragen. Dabei braucht nicht verschwiegen werden, daß in allen öffentlichen Einrichtungen und Verwaltungen in den Zeiten des scheinbaren Wirtschaftsaufstiegs des Guten zuviel getan wurde. Beamtenbesoldung, teure Verwaltung, falsch geleitetes Bauwesen, hohe Gehälter und Pensionen sind Sünden aus dieser Zeit, die bis in die kleinste Gemeinschaft nachzuweisen sind. Manche Ueberspannung aus falscher Einschätzung der Wirtschaftsentwicklung mag entschuldigbar sein, aber viel zu spät kam in der Krise zweiten Volks- und Regierungskreisen die Einsicht, daß

mit solchen Sünden Schluss gemacht werden muß. Dann führte diese Einsicht zu Notmaßnahmen, die an wesentlicher Belastung der Besitzenden vorbeigingen, dafür aber sozial untragbare Zugriffe auf die färglichste Lebenshaltung des armen Volkes brachte. So weit konnte es nur kommen, weil die deutsche Arbeitermasse nicht wie die englische, unbeschadet der Weltanschauung, eine Einheit darstellte! Ihre Gewerkschaften sind gespalten in freie, christliche, Hirsch-Duncker'sche, gelbe und moskowitz'sche! Ihre politischen Organisationen sind zerrissen in sozialistische und kommunistische, neben denen dann noch großmäulige Nazis ihr Unwesen treiben.

Blöder Kampf gegen den „Marxismus“ beherrscht die „öffentliche Meinung“ des Bürgertums, während doch niemals und nirgends die unsinnige kapitalistische Wirtschaft mit ihren Elendsfolgen so richtig gekennzeichnet und gebrandmarkt wurde, wie in den Programmen und Aktionen der Sozialdemokratie und der freien Gewerkschaften. Jetzt endlich tut man so, als wenn man etwas täte. Psychologisch, stimmungsmäßig ist der Abbau der Gehälter der Oberbürgermeister usw. eine verdienstvolle Tat. An die hohen Pensionen geht man aus sogenannten rechtlichen Gründen noch nicht heran, obwohl es zweifellos möglich wäre, steuere

diese Einkommensquellen so zu beschneiden, anderes Einkommen auf sie anzurechnen, daß endlich dieser in der ganzen Welt unliebsam bemerkte Skandal aufhört! Warum müssen die Offiziere des alten Heeres doppelt und dreimal soviel Pension haben, wie Frankreich sie seinen Pensionären zahlt? Ist es nicht ein Skandal, daß Ludendorff rund 16 000 und der Ritzigeneral v. Epp fast 12 000 M. Pension einstecken?

Aber ein noch viel größerer Skandal sind die ungeheuren Gehälter in der Privatindustrie! Dreihunderttausend, vierhunderttausend, achthunderttausend Mark zahlen große Industrie- und Finanzgesellschaften ihren Generaldirektoren, die außerdem noch aus Tantiemen und Beteiligungen Riesengewinne einstecken. Korruption und Bestechung sind nichts Seltenes in kapitalistischen Unternehmungen. In Ordnung gibt in der Bilanz keine Vermögenswerte mit 276 Mill. Mark an, bei der Prüfung bleiben 40 Millionen übrig! Seine Schulden beziffert der Konzern mit 50 Mill. M. niedriger als sie in Wirklichkeit sind. Riesengewinne versteckt man in Auslandsgründungen. Die frommen Leute vom Devochem-Konzern hielten es für selbstverständlich, viele hunderttausend Mark für Schmiergelder auszugeben!

Die Unternehmer kennen für die Rettung aus Wirtschaftsnur ein Rezept: Abbau der Löhne und der sozialen Fürsorge. Wir zeigen auf dem Frankfurter Gewerkschaftskongress und auf der Reichskonferenz unseres Verbandes Ziel und Weg der Wirtschaftsgesundung. Mögen die Kameraden dieses Bestreben unterstützen durch rastlose Aufklärungs- und Organisationsarbeit!

Leistungen der Reichsknappschaft nach der geänderten Satzung.

II.

In der vorigen Nummer der „Bergbau-Industrie“ haben wir die Aenderung der Satzung der Reichsknappschaft besprochen, nach denen die Invalidenpensionen nach § 35 und 36 des R.K.G. gekürzt werden. Im nachstehenden wollen wir auch auf die anderen Satzungsänderungen näher eingehen. Dabei wollen wir zunächst auf die wichtige Bestimmung aufmerksam machen, nach welcher die Pensionsempfänger nach § 35 und 36 R.K.G. verpflichtet sind, die Aufnahme von Lohnarbeit, gewinnbringender Beschäftigung oder den Bezug eines Einkommens aus eigenem Unternehmen ihrer Bezirksknappschaft binnen zwei Wochen zu melden. Geschieht dies nicht, kann der Knappschaftsvorstand die Pensionsempfänger mit einer Strafe bis zur Höhe des Monatsbetrages der Pension belegen.

Kürzung des Kindergeldes.

Durch die Aenderung der Satzung im November 1930 ist das Kindergeld über das fünfzehnte Lebensjahr hinaus fortgefallen. Die Zwangsatzung im Juli ermäßigt das Kindergeld für Kinder unter 15 Jahren auf die Hälfte des bisherigen Betrages also von 10 auf 5 M. monatlich. Neu nach der geänderten Satzung ist auch, daß das Kindergeld ruht, wenn die Bezüge aus Unterhaltsbeiträgen des unterhaltspflichtigen Erzeugers den Betrag von 15 M. monatlich übersteigen oder die Inanspruchnahme des unterhaltspflichtigen Erzeugers unterlassen wird. Bei Entkindern ruht es in jedem Falle, wenn der Vater oder der unterhaltspflichtige Erzeuger nicht zur Unterhaltung des Kindes herangezogen wird.

Höchstgrenze der Sozialbezüge bei Invaliden.

Bei Knappschaftsinvaliden, die aus der Invaliden-, Angestellten- und der Unfallversicherung Renten oder aus öffentlichen Renten oder aus Renten öffentlicher Körperschaften Ruhegelder beziehen, ruht die Invalidenpension einschließlich Kindergeld insoweit, als die Gesamtbezüge 80 Prozent des Endbetrages der höchsten Lohnklasse ausmachen, welcher der Versicherte nicht nur vorübergehend angehört hatte. Als Lohnklasse ist damit die Lohnklasse gemeint, nach welcher der Versicherte als aktives Mitglied Beiträge entrichtet hat oder, sofern er nach dem 1. Juli 1926 Beiträge zur Pensionskasse nicht mehr gezahlt hat, nach dem Endbetrage der Lohnklasse, die für die Zeit vor dem 1. Juli 1926 für die einzelne Bezirksknappschaft zur Berechnung der Steigerungsbeträge festgesetzt worden ist. Als nicht vorübergehend gilt ein Zeitraum von fünf Jahren. Miteinander zu halten ist, daß bei den Kürzungen der Pensionen nach den §§ 88 b und 89 b der Jahresarbeitsverdienst, nach dem § 89 b der Endbetrag der Lohnklasse zugrunde gelegt wird. Der Jahresarbeitsverdienst ist veränderlich. Es soll nämlich nach § 89 d der Jahresarbeitsverdienst berücksichtigt werden, der zur Zeit des Zusammenstehens der Pension mit Einkommen aus Lohnarbeit, geminnbringender Beschäftigung oder eigenem Unternehmen gilt. Der Endbetrag der Lohnklasse dagegen ist eine unveränderliche Größe, die, wenn sie einmal festgestellt ist, für immer gilt.

Bekanntmachung und freie Kur und Arznei.

Die Bekannthmachung ist nach der Zwangsatzung vom dreifachen auf den anderthalbfachen Monatsbetrag der Invalidenpension ohne Kindergeld ermäßigt worden. Auch die Gewährung von freier ärztlicher Behandlung wurde vom 1. Juli infolge eingeschränkt, als sie nur dort gewährt werden braucht, wo die Knappschaft Verträge mit Ärzten und Apotheken hat. Dies trifft auf alle Bergbaureviere zu. Dahingegen werden die Knappschaftsinvaliden, die weit ab von den Bergbaureviere wohnen, ärztliche Behandlung und Arznei entbehren müssen. Die Versorgung dieser Invaliden war bisher für die Knappschaft mit großen Schwierigkeiten und vor allen Dingen mit großen Kosten verbunden. Ist kam ein einzelner Arztbesuch in solch entlegenen Gegenden der Pensionskasse teurer zu stehen, als die ärztliche Versorgung eines Invaliden in den Bergbaureviere für zehn Jahre.

Kürzung der Witwenbezüge.

Die Kürzung der Steigerungsbeträge für die Zeit vor dem 1. Januar 1924 bei der Invalidenpension wirkt sich auch bei den Witwenpensionen als Kürzung aus, weil die sechs Zehntel, auf welche die Witwe Anspruch hat, von der gekürzten Invalidenpension berechnet werden. Wie hoch die Kürzung für die verschiedenen Dienstjahre als Monatsbetrag in Mark sich auswirkt, ist aus der Tabelle ersichtlich, die wir in der vorigen Nummer der „Bergbau-Industrie“ veröffentlicht haben. Nach den geänderten Bestimmungen der gegenwärtigen Satzung ist zu be-

achten, daß Witwen, die ihren verstorbenen Ehemann zu einer Zeit geheiratet haben, als er bereits Knappschaftsinvalid war, keine Witwenpension erhalten. Nur wenn der Verstorbene als Knappschaftsinvalid nach dem 1. Juli 1926 36 und mehr Monatebeiträge zur Pensionskasse entrichtet und somit die Wartzeit erneut erfüllt hat, kann die Witwe für diese Beitragsmonate eine Witwenpension beanspruchen. In den Fällen, in denen eine Witwenpension bereits zuerkannt war, obgleich die Heirat nach der Invalidisierung erfolgte, ruht die Witwenpension. Eine wesentliche Aenderung bedeutet auch der Fortfall der Witwenabfindung bei einer Heirat. Nach den neuen Bestimmungen ruht auch in den Fällen, in denen keine Abfindung bei Heirat stattgefunden hat, die Pension vom ersten Ehemann beim Tode des zweiten nicht wieder auf.

Kürzung des Waisengeldes.

Die weitestgehende Kürzung hat das Waisengeld erfahren. Die Zwangsatzung bestimmt darüber, daß in den Fällen, in denen das knappschaftliche Waisengeld mit einer Waisenrente aus der Invaliden- oder Angestelltenversicherung zusammenfällt, nicht nur der Grundbetrag, sondern auch der knappschaftliche Steigerungsbetrag zu ruhen hat, soweit er den Steigerungsbetrag der Pensionsversicherung nicht übersteigt. Der Steigerungsbetrag der knappschaftlichen Pensionsversicherung wird darnach in den meisten Fällen nicht zur Auszahlung gelangen, weil die Waisenrente aus der Invalidenversicherung in Höhe von 50 Prozent des Grundbetrages und des Steigerungsbetrages der Invalidenrente gewährt, und demzufolge der Steigerungsbetrag der Waisenrente meist höher sein wird, als der Steigerungsbetrag des knappschaftlichen Waisengeldes. Die Gewährung des Waisengeldes über das fünfzehnte Lebensjahr hinaus ist bereits durch die Aenderung der Satzung im November fortgefallen.

Höchstgrenze der Sozialbezüge für die Hinterbliebenen.

Als Höchstgrenze für die Gesamtbezüge der Hinterbliebenen sind sowohl aus der Pensionsversicherung allein, als auch beim Zusammentreffen von Hinterbliebenenpensionen mit Renten der Invaliden-, Angestellten- und Unfallversicherung sowie mit Hinterbliebenenbezüge aus öffentlichen Renten oder aus Renten öffentlicher Körperschaften 70 Prozent des Endbetrages der Lohnklasse festgesetzt, welcher der verstorbene Versicherte nicht nur vorübergehend angehört hat.

Umrechnung der Pensionen.

Um die Kürzungen, die durch die Zwangsatzung vorgeschrieben worden sind, ordnungsgemäß vorzunehmen, müssen alle Knappschaftspensionen umgerechnet werden. Das kann natürlich nicht im Handumdrehen geschehen, sondern es wird ein paar Monate dauern, ehe die Hunderttausende von Pensionen umgerechnet sind. Aus diesem Grunde hat die Knappschaft vorläufige Kürzungen in Höhe von 10 Prozent der Invaliden- und Witwenpension vorgenommen. Da viele Pensionsempfänger befürchten, daß die 14 Prozent Kürzung der Steigerungsbeträge noch zu den vorläufigen 10 Prozent hinzukommen, sei hier darauf hingewiesen, daß dies nicht der Fall ist. Bei Pensionen mit einer mäßigen Zahl von Dienstjahren werden die 14 Prozent Kürzung der Steigerungsbeträge weniger ausmachen als die vorläufige Kürzung von 10 Prozent von der Gesamtrenten. In diesen Fällen wird bei endgültiger Umrechnung eine kleine Nachzahlung erfolgen müssen. Bei Pensionen mit hohen Dienstjahren werden die 14 Prozent dahingegen um einen geringeren Betrag höher sein als die vorläufigen 10 Prozent der Gesamtrenten.

Ist die Umrechnung für den einzelnen Fall getätigt, erhält der berechtigte Pensionsempfänger einen Umrechnungsbescheid. Gegen diesen Bescheid kann nur die Entscheidung des Geschäftsausschusses anrufen werden. Gegen dessen Entscheidung ist dann keine weitere Berufung möglich. Einzelne Rechtskonsultanten und sonstige zweifelhaft Winkeladvokaten werden sicherlich den Pensionsempfängern raten, in jedem Fall die Entscheidung des Geschäftsausschusses anzurufen. Den Pensionsempfängern sei deshalb hiermit gesagt, daß dies zwecklos ist. Sie mögen auch bedenken, daß all die Großen, die die Knappschaft wegen unnötiger Verfahren ausgeben muß, für sie selbst verlorengehen, denn letzten Endes muß alles aus den Beiträgen, die sie geleistet haben, bezahlt werden.

37. Kameraden, forgt in eurem und im Interesse eurer Organisation für pünktliche Zahlung des fälligen Beitrags für die Zeit vom 6. bis 12. September 1931

Kongress des Schwedischen Gewerkschaftsbundes.

In der Zeit vom 9. bis 15. August 1931 hielt der Gewerkschaftsbund Schwedens seinen 19. ordentlichen Kongress in Stockholm ab. Die Landeszentrale hat in der fünfjährigen Berichtsperiode eine erfreuliche Aufwärtsentwicklung durchgemacht; die Gesamtmitgliedschaft ist seit dem Jahre 1926 um 179 000 auf 563 745 gestiegen. Die Zahl der angeschlossenen Verbände hat um sechs zugenommen, und zwar haben sich in der Berichtsperiode die Verbände der Seeleute, der Arbeiter der Elektrizitätsindustrie, der Landarbeiter, der Post-, Telegraphen- und Telephonangestellten sowie der Schmiedefeder der Landeszentrale angeschlossen. Der Anstieg des 20 000 Mitglieder zählenden Textilarbeiterverbandes und des Verbandes des Hotel- und Gastwirtsberufes steht bevor. Mit Ausnahme einiger kleinerer Gruppen ist die Industriearbeiterchaft nunmehr restlos in den Gewerkschaften vereinigt. Daß die Gewerkschaften nicht nur zahlenmäßig, sondern auch finanziell stärker geworden sind, geht aus der Tatsache hervor, daß der Kampffonds der Landeszentrale einen Bestand von über 7 Mill. Kronen aufweist, während die angeschlossenen Verbände Ende 1930 über ein Gesamtvermögen von rund 55 Mill. Kronen verfügten.

Nach Genehmigung des Geschäftsberichts ging der Kongress zur Beratung einiger Anträge über, die eine Aenderung der Aufgaben der Landeszentrale bezweckten. Zur Zeit ist die Landeszentrale nur zur Unterstützung angeschlossener Verbände verpflichtet, wenn diese in einen Abwehrkampf verwickelt sind. Es wurde nun beantragt, die Unterstützungspflicht der Landeszentrale auf alle Arbeitskämpfe auszudehnen, um dadurch — nach Ansicht der Antragsteller — die gewerkschaftliche Lohnpolitik einheitlicher zu gestalten. Der Vorstand der Landeszentrale lehnte jedoch eine solche Erweiterung seiner Pflichten und damit auch seiner Verantwortungen ab, wobei besonders auch finanzielle Erwägungen maßgebend waren. Der Kongress schloß sich nach langer Debatte dieser Ansicht an und verworft die betreffenden Anträge, so daß im bisherigen Zustand nichts geändert wird. Abgelehnt wurde ferner ein Antrag, wonach der Beitragspflicht der angeschlossenen Verbände für ihre arbeitslosen Mitglieder beschränkt werden soll.

Zur Industrieverbandsfrage wurde berichtet, daß die Verbände in weitem Umfange die Ueberführung von Mitgliedern und Ortsgruppen gemäß dem im Jahre 1926 beschlossenen Industrieverbandsplan vorgenommen haben. Insgesamt sind in der Berichtsperiode 8000 Mitglieder in andere Verbände überführt worden. Dagegen hat sich, in bezug auf die Verbände, die sich auf Grund des genannten Organisationsplanes aufzulösen oder zu einem Industrieverband zu verschmelzen haben, noch nichts geändert, weil diese Organisationen nicht gewillt sind, auf ihre Selbstständigkeit zu verzichten. Zu diesem Punkte lagen verschiedene Anträge vor, in denen meistens Klage über eine unvollständige Befolgung oder gar eine Nichtbefolgung des früheren Kongressbeschlusses seitens einiger Verbände geführt

wurde. Hierzu kam eine vom Vorstand beantragte Entschließung zur Annahme, in der zunächst alle Verbände, die noch nicht gemäß dem Organisationsplan Mitglieder oder Ortsgruppen überführt haben, aufgefordert werden, dies zu tun. Diejenigen Verbände, die ein Kartell gebildet haben, werden ersucht, dieses Kartellverhältnis so anzuknüpfen, daß auf dieser Grundlage in naher Zukunft eine Verschmelzung erfolgen kann. Die gemäß dem Plan aufzulösenden Verbände sollen mit den in Frage kommenden Industrieverbänden Verhandlungen über den Anschluß einleiten.

In der Arbeitszeitfrage sprach sich der Kongress für die vom Internationalen Gewerkschaftskongress in Stockholm aufgestellte Forderung der 44stündigen Arbeitswoche als einer Etappe auf dem Wege zur weiteren Verkürzung der Arbeitszeit aus. In der Debatte wurde allgemein vor zu weitgehenden Forderungen auf diesem Gebiete gewarnt, weil diese zu leicht den Charakter einer Propagandaforderungen erhalten. Da die Gewerkschaften bei einer Verkürzung der Arbeitszeit als Dauermaßnahme darauf müssen, daß der Reallohn nicht gesenkt wird, müsse man einmal mit den gegebenen Verhältnissen gerechnet werden und nur solche Forderungen erhoben werden, die wirklich Aussicht auf Verwirklichung haben. Anders liege der Fall, wenn es sich um eine Kriemmaßnahme, also eine vorübergehende Verkürzung der Arbeitszeit, handelt. Dann wäre eine Verständigung von Fall zu Fall und je nach der gegebenen Lage zu erzielen.

In Schweden gibt es keine staatliche Arbeitslosenversicherung, auch wird aus öffentlichen Mitteln kein Zuschuß an die bestehenden Arbeitslosenkassen geleistet. Es lag nun ein Antrag vor, wonach die Landeszentrale eine gemeinsame Arbeitslosenversicherung für sämtliche angeschlossenen Mitglieder errichten soll. Dieser Antrag wurde durch die Annahme einer vom Vorstand unterbreiteten Entschließung erledigt, in der die Einführung einer staatlichen Arbeitslosenversicherung gefordert und alle angeschlossenen Verbände, die keine eigene Arbeitslosenkasse haben, ersucht werden, derartige Kassen zu gründen.

Von den anderen zur Beratung stehenden Fragen, die meist interne Bedeutung hatten, kann noch das Rationalisierungsproblem erwähnt werden, bei dessen Behandlung der Kongress keine Zustimmung zu den diesbezüglichen Beschlüssen der Internationalen Gewerkschaftskongresse von Paris und Stockholm aussprach. Das vom IGW. aufgestellte Wirtschaftsprogramm erhielt gleichfalls die Zustimmung des Kongresses. Um der in der reaktionären Presse betriebenen Hege gegen die Gewerkschaften zu begegnen, wurde beschlossen, eine Presseinformationsstelle zu schaffen, die bei Arbeitskonflikten von größerm öffentlichen Interesse für eine objektive Berichterstattung sorgen soll. Nach Wiederwahl der bisherigen Leitung und Erledigung verschiedener anderer Angelegenheiten wurde der Kongress geschlossen. IGW.

(Kritik ein „N. B.“ (Unter Vorbehalt), wodurch er in der Lage ist, im Moment freitige Ansprüche später noch geltend machen zu können.)

Eine Unfalluntersuchung

durch den Bergat Willbrand im Bergrevier Essen II.

Ort der Handlung: Betriebsführerbüro. Anwesend: Bergat Willbrand, Betriebsführer, Betriebsauschussmitglied und der Verletzte.

Der Bergat (im Flüstern und ohne den Verletzten anzusehen): „Wie ist das mit Ihrem Unfall passiert?“

Der Verletzte hat die gestellte Frage nicht verstanden, geht etwas näher an den unverständlichen Herrn Bergat heran.

Der Bergat (entrüstet): „Mann, bleiben Sie mir wenigstens vom Leibe! Ich bin nicht gewohnt, daß man sich auf meinen Schoß setzt.“ (Der Bergat wiederholt die Frage, aber etwas lauter.)

Der Verletzte erzählt den Hergang des Unfalles. Der Bergat verliest den Wortlaut der Unfallanzeige und fragt den Verletzten: „Stimmt das?“

Der Verletzte: „Ja wohl!“

Der Bergat: „Unterschreiben Sie! Der Zeuge!“

Der Zeuge tritt ein und sagt: „Glück auf!“ (Alle antworten, nur der Bergat hat den Gruß nicht gehört.)

Der Bergat: „Was wissen Sie von dem Unfall?“

Der Zeuge, der das Flüstern des Bergats nicht verstanden hat, schaut die Anwesenden hilflos an.

Der Bergat wiederholt seine Frage.

Der Zeuge: „Ja, ich möchte nur wissen, was ich dazu sagen soll! Ich weiß nichts von dem Unfall.“

Der Bergat (barock): „Gehen Sie!“

Das Ausschussmitglied: „Herr Bergat, ich möchte mich zu diesem Unfall äußern.“

Der Bergat hat anscheinend nicht verstanden, darum wird er von dem Ausschussmitglied noch einmal um Gehör gebeten.

Der Bergat (im barschen Ton): „Das können Sie machen, aber niederschreiben tue ich es nicht!“

Das Ausschussmitglied: „Ich verstehe nicht, daß man den Mann auf der Brücke mit Betonarbeiten beschäftigt, wo ein selbsttätiger Wagenlauf ist. Wenn man den Mann dort während des Betriebes nicht beschäftigt hätte, konnte der Unfall verhütet werden. Es wäre nötig, der Betriebsleitung seitens der Bergbehörde das Nötige zu sagen.“

Der Bergat unterbricht barock und sagt: „Das haben Sie ja jetzt getan! Ich kann da der Betriebsleitung keine Vorschriften machen!“

Dieser Auszug aus der Verhandlung zeigt deutlich, daß der Herr Bergat recht wunderbar ist. Es wäre am Platze, daß das Oberbergamt für solche unnahbaren Bergat das Buch: „Kluges Umgang mit Menschen“ für die Bibliothek der Bergreviere beschaffe, denn nicht allein mit den Arbeitern geht dieser Herr so um, sondern mit allen, die nicht mit ihm auf einer geistesverwandten Stufe stehen. Man sollte bald glauben, dieser Herr hätte noch nichts gelernt in den 13 Jahren nach der Revolution. Bis dahin sind der Mensch, ja erst beim Akademiker an!

Aber eins möchten wir der Aufsichtsbehörde doch sagen. Sind die Staatsbeamten für die Bevölkerung da oder umgekehrt? Es wäre doch Zeit, daß diese Herren sich auch einmal umstellen auf die neue Zeit. Sollten sie das nicht können, dann mögen sie doch auf die Gehälter und den Dienst verzichten, welche sie von der Regierung bekommen, die auch den Arbeitern das Recht eingeräumt hat, bei vorstehend angeführten Untersuchungen ein Wort mitzureden.

Aus Süddeutschland.

Unfälle im bayerischen Bergbau im Jahre 1930.

Aus der vom bayerischen Oberbergamt in München herausgegebenen Unfallstatistik über das Jahr 1930 geht hervor, daß die Zahl der Gesamtunfälle gegenüber dem Jahre 1929 von 3069 auf 2491 zurückgegangen ist. Dagegen ist die Zahl der schweren Unfälle von 38 auf 42, die der tödlichen von 17 auf 21 gestiegen. Auf 1000 technische Arbeitskräfte sind die Unfälle von 244,66 im Jahre 1929 auf 214,26 im Jahre 1930 zurückgegangen.

Auf die einzelnen Bergbauarten verteilen sich die Unfälle folgendermaßen:

Bergbauart	Unfälle überhaupt	auf 1000 technische Arbeitskräfte	tödliche Unfälle
Bekohlte	1782	283,58	15
Jüngere Braunkohle	232	142,86	3
Erzbergbau	308	219,22	2
Sonstiger Bergbau	169	73,06	1
Zusammen:	2491	214,26	21

Die größte Unfallhäufigkeit weist wieder der Bekohlensbergbau mit 1782 Unfällen auf. Hier ist es der Grubenbetrieb, wo sich 1455 (= 81,65 Prozent) Unfälle ereigneten. Die Mehrzahl dieser Unfälle ist auf die Produkten- und Materialförderung mit 539 (= 30,25 Prozent) und auf das Hereinbrechen von anstehenden Massen (Stein- und Kohlenfall) mit 409 (= 22,95 Proz.) zurückzuführen.

Während die Unfälle im Bekohlensbergbau bei der Material- und Produktenförderung gegenüber dem Vorjahre prozentual von 31,58 der sich unter Tage ereigneten Unfälle auf 30,25 Prozent zurückgingen, sind die Unfälle durch Hereinbrechen von anstehenden Massen von 19,98 auf 22,95 Prozent gestiegen. Hier darf die Ursache wohl in unzureichendem Bedingensehen werden, das den Bauern nicht viel Zeit läßt, den vorrichtsmäßigen Ausbau vorzunehmen, weil sie jede Minute zur Kohlengewinnung verwenden müssen, um sich, nur annähernd einen Lohn zu verdienen, der es ihnen ermöglicht, sich und ihre Familien mit dem Notdürftigsten zu versorgen. Wenn auch die Zahl der Unfälle im gesamten bayerischen Bergbau sowie in den einzelnen Bergbauarten zurückgegangen ist, so dürfte dies zum geringsten Teil auf eine erhöhte Sicherheit zurückzuführen sei. Der Bericht des Oberbergamts vermerkt ja auch, daß der Belegschaftsabbau und das Einlegen der vielen Feierschichten (Kurzarbeit) zu dem Rückgang der Unfälle beigetragen haben. Daß der herbeizuführende mögliche Stand der Sicherheit, besonders im oberbayerischen Kohlenbergbau, noch nicht erreicht ist, beweist folgende Gegenüberstellung. Auf 1000 technische Arbeitskräfte ereigneten sich Unfälle:

	Muhrevier	Oberbayern
	von den Gesamtunfällen	von den tödlichen Unfällen
1928	211,575	1,925
1929	205,357	2,031
1930	185,599	1,884

Wenn wir auch, der Auffassung sind, daß sich die Unfälle im Bergbau wohl kaum ganz vermeiden lassen, so geht doch aus der angeführten Aufstellung hervor, daß der Stand der Sicherheit im oberbayerischen Bergbau nicht nur verbessert werden kann, sondern auch verbessert werden muß. Der Weg, der dies herbeiführen wird, geht über die Erfüllung der Forderung der bayerischen Bergarbeiter: Grubenkontrollen aus den Reihen der praktischen Hauer einzuführen!

Reaktionäres Narrentum und die Bundeschule des ADGB.

Als im Jahre 1924 der Verband der Deutschen Buchdrucker sein neues Verbandshaus eröffnete, nahm die Presse allenthalben von dem beachtlichen Bauwerk Notiz und das Blatt der Arbeitgeber des Buchdruckgewerbes knipfte daran die Mahnung: den Prinzipalen möge der Opferstirn der organisierten Arbeiter, der dies Haus erstellte, zum Vorbild dienen.

Selbst im Jahre 1924 der Verband der Deutschen Buchdrucker sein neues Verbandshaus eröffnete, nahm die Presse allenthalben von dem beachtlichen Bauwerk Notiz und das Blatt der Arbeitgeber des Buchdruckgewerbes knipfte daran die Mahnung: den Prinzipalen möge der Opferstirn der organisierten Arbeiter, der dies Haus erstellte, zum Vorbild dienen.

Selbst im Jahre 1924 der Verband der Deutschen Buchdrucker sein neues Verbandshaus eröffnete, nahm die Presse allenthalben von dem beachtlichen Bauwerk Notiz und das Blatt der Arbeitgeber des Buchdruckgewerbes knipfte daran die Mahnung: den Prinzipalen möge der Opferstirn der organisierten Arbeiter, der dies Haus erstellte, zum Vorbild dienen.

Selbst im Jahre 1924 der Verband der Deutschen Buchdrucker sein neues Verbandshaus eröffnete, nahm die Presse allenthalben von dem beachtlichen Bauwerk Notiz und das Blatt der Arbeitgeber des Buchdruckgewerbes knipfte daran die Mahnung: den Prinzipalen möge der Opferstirn der organisierten Arbeiter, der dies Haus erstellte, zum Vorbild dienen.

Selbst im Jahre 1924 der Verband der Deutschen Buchdrucker sein neues Verbandshaus eröffnete, nahm die Presse allenthalben von dem beachtlichen Bauwerk Notiz und das Blatt der Arbeitgeber des Buchdruckgewerbes knipfte daran die Mahnung: den Prinzipalen möge der Opferstirn der organisierten Arbeiter, der dies Haus erstellte, zum Vorbild dienen.

Selbst im Jahre 1924 der Verband der Deutschen Buchdrucker sein neues Verbandshaus eröffnete, nahm die Presse allenthalben von dem beachtlichen Bauwerk Notiz und das Blatt der Arbeitgeber des Buchdruckgewerbes knipfte daran die Mahnung: den Prinzipalen möge der Opferstirn der organisierten Arbeiter, der dies Haus erstellte, zum Vorbild dienen.

derjenige als ausschweifend empfinden kann, dessen Waschbedürfnisse unter dem in Deutschland gültigen Durchschnitt stehen. Die „Bergwerks-Zeitung“ weiß so gut wie wir, daß in Bernau keine „Kednerschule“ ist, in der monatlich „angehende Gewerkschaftssekretäre“ ausgebildet werden, daß vielmehr die dortigen Schüler Arbeiter sind aus der Werkstatt, in die sie zurückkehren, nachdem ihnen einige Grundkenntnis von Wirtschaft und sozialem Recht vermittelt wurde (und denen allerdings oft genug vor den Arbeitgebern die Beurlaubung verweigert wird — wie die „Bergwerks-Zeitung“ auch wissen dürfte!). Vor allem hätte das Arbeitgeberblatt die Möglichkeit gehabt, sich zuverlässig zu unterrichten, ob es die deutsche Gewerkschaftsbewegung der schamlosen Verleumdung von Mitgliedergeldern verdächtigt. Wir werden nicht zum Richter laufen wegen eines Angriffs, der sich selbst richtet. Viel größer wäre die Versuchung, das schöne Dokument jeder neuen Schülergarnitur von dem bewußten „magisch erleuchteten Rednerpult“ herab vorzulesen mit dem Hinweis auf die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“. Dann ginge die „sozialistische Heilslehre“, wie der Verfasser sich ironisch ausdrückt, nochmal so gut ein. Denn die Hörer würden sich (so ihnen das luxuriöse Palastleben dazu Zeit läßt) Gedanken darüber machen, wohin es mit einer herrschenden Schicht gekommen ist, die sich einstmals so gern auf „Reiz und Bildung“ berief, die alljährlich über „Klassenkampf“ und „Volksverhöhnung“ in der sozialistischen Bewegung klagte. Als Kommentar wäre allenfalls die Frage hinzuzufügen: — wo, außerhalb Deutschlands, von den Repräsentanten der bestehenden Wirtschaftsordnung in diesem Ton und mit diesen Mitteln gegen die größte Arbeiterorganisation des Landes gehetzt wird? — Vielleicht erklärt dies mancherlei an unseren Zuständen.

Aus dem Ruhrrevier.

Warnung an die Bergarbeiter! Unterschreibt keine Ausgleichsquittungen!

Mit diesem raffinierten Mittel sucht man die Arbeiter um ihre sauer verdienten Groschen zu bringen. Ein typischer Fall spielte sich dieser Tage bei der Gewerkschaft Viktoria Matthias in Essen ab. Ein abgekehrter Arbeiter, welcher seinen ihm verweigerten Urlaub beim Gericht eingeklagt hatte, unterschrieb beim Empfang der Restlohnung an der Lohnkasse eine Ausgleichsquittung. Diese Unterschrift leistete er in dem guten Glauben, daß er nur den Restlohn quittiert und keine Lohnforderung seines Prozessvertreters bezüglich seines Urlaubsanspruches vorstellig wurde, erklärte man ihm grinsend an der Arbeiterannahme, er habe eine Ausgleichsquittung unterschrieben und deswegen keine Forderungen mehr zu stellen.

Herr Rechtsvertreter Schmidt der Beklagten folgert nun daraus, daß der Arbeiter eine Ausgleichsquittung unterschrieben hat, er habe auch auf den von ihm eingeklagten Urlaubsanspruch verzichtet. Es ist eigentümlich, daß es derselbe Herr ist, der dem Gericht gegenüber erklärte, die Ansprüche bezüglich des Urlaubs würden, nachdem das Landesarbeitsgericht Essen zugunsten der Beklagten entschieden hat, außergerichtlich geregelt. Wenn diese außergerichtliche Regelung so aussieht, daß man einem Arbeiter bei der Restlohnung eine Ausgleichsquittung unterschreiben läßt, dann bedanken wir uns in Zukunft überhaupt für außergerichtliche Regelungen. Die Gerichte werden über eine solche Methode anders denken wie Herr Schmidt, da es sich nach dem ganzen Hergang nur um eine arglistige Täuschung im Sinne des Bürgerlichen Gesetzbuches handeln kann. Wir werden dafür sorgen, daß das Gericht recht bald entscheidet.

An die Arbeiterschaft, welche zu dem vorstehend angeführten Betriebe gehört, ist daher die Warnung dringend angebracht, keine Ausgleichsquittungen zu unterschreiben. Wer absolut in dem Glauben ist, die Quittung unterschreiben zu müssen, um in dem Besitz seines Geldes zu kommen, mache vor seiner Unter-

Aus Mitteldeutschland.

Braunkohlenlegen — für die Unternehmer.

Das es die Braunkohlenindustriellen verstehen, die finanziellen Verhältnisse ihrer Unternehmungen auch während der Wirtschaftskrise möglichst stabil zu halten, beweisen die veröffentlichten Geschäftsberichte. In der Hauptsache ist diese Tatsache darauf zurückzuführen, daß die Unternehmer die Wirkungen der Wirtschaftskrise größtenteils auf die Arbeiter abwälzten. Am stärksten tritt dies bei den **Lebeack** in Ostpreußen in Halle, die jetzt ihren Geschäftsbericht über das Jahr 1930/31 herausgegeben haben, in Erscheinung. Dieser Konzern, der mit der IG. Farben durch einen Gemeinschaftsvertrag verbunden ist, hat im verflochtenen Geschäftsjahr durch rigorose Betriebseinsparungen und Stilllegungen es verstanden, möglichst wenig Kosten der Wirtschaftskrise auf seine Schultern zu übernehmen. Die Anzahl der beschäftigten Arbeiter und Angestellten wurde von 7752 auf 6397, also um rund 1200 Mann verringert. Außerdem sind bei den Lebeackischen Montanwerken im vergangenen Jahr die überbetrieblichen Böhne, die in Gestalt von Prämien, Leistungszulagen usw. gezahlt wurden, fast restlos im Wegfall gekommen. Der Geschäftsbericht weist deshalb in seinen Ergebnissen keine wesentlichen Veränderungen gegenüber dem Vorjahr auf, trotzdem die Kohlenförderung von 718 047 To. im Vorjahre auf 6 809 149 To. im Geschäftsjahr zurückging und auch die Bruttoproduktion 170 000 To. geringer war als 1929/30. Daß man diese Art Betriebspolitik auf Kosten der Arbeiter auch zukünftig weiter betreiben will, wird im Geschäftsbericht ganz offen zum Ausdruck gebracht.

Wie bekannt, kommen die tatsächlichen Gewinne bei den Lebeackischen Montanwerken in der Dividendenauszahlung nicht zum Vorschein, da nach dem Gemeinschaftsvertrag mit der IG. Farben die Dividende nicht höher als sechs Zehntel der IG. Farben-Dividende sein darf. Für das Geschäftsjahr 1930/31 verfallt der Lebeack-Konzern 7,2 Prozent auf ein Stammkapital von 50 Mill. M. An Abschreibungen wurde ein Betrag von 4 924 183 M. ausgemindert. Der Reingewinn stellt sich einschließlich des Vortrages aus dem Vorjahr auf 4 088 537 M., davon werden 3 600 000 M. für die Dividendenauszahlung, 84 210 Mark als Lantime für den Aufsichtsrat verwandt, während 404 326 M. auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Bemerkenswert ist, daß die Lebeackischen Montanwerke an Investitionen für Neuanlagen seit 1925 39 236 295 M. aus eigenen Mitteln aufgewandt haben.

Der vorliegende Geschäftsbericht zeigt mit aller Deutlichkeit, daß das Zetern und Zammern der Unternehmer über die zu „günstigen“ Arbeitsbedingungen und die zu „hohen“ Soziallasten völlig unbegründet sind.

„Erfolge“ der RGD.

Täglich liest man in der kommunistischen Presse von den „Riesenfortschritten“, die angeblich die RGD. in Mitteldeutschland macht. Welcher Art diese „Erfolge“ sind, zeigt ein Schreiben eines Arbeiters einer Braunkohlengrube bei Lauchhammer, das uns der bekannte günstige Wind auf den Schreibtisch wehte. Der Arbeiter M. B. erklärt darin seinen Austritt aus der RGD. und gleichzeitig aus der Internationalen Arbeiterhilfe (IAH), da es keinen Zweck für ihn hätte, weil sich „die Herren Bonzen doch nur ihre Taschen füllen“. Eine bittere Enttäuschung hätte er schon erlebt anlässlich des Rapp-Bußches, wo man ihn auch schon „im Schlammfasse sitzen gelassen hätte“. Am Schluß sagt er wörtlich: „Ich will von der kommunistischen Partei nichts mehr wissen, denn von euch erbt man doch nichts!“

Dieser Arbeiter ist nun in den gelben Wertverein eingetreten, um dort sein Glück zu versuchen. Der Vorgang zeigt, welche Wandlungsfähigkeit gerade die Mitglieder der RGD. besitzen. Heute noch strammer RGD.-Mann und Kommunist und morgen gelber Wertvereiner und deutschnational oder Nazi! Einen Unterschied zwischen diesen gibt es ja seit dem 9. August nicht mehr.

Halbjahresversammlung der Geschäftsstelle Bernburg.

Am 9. August fand in Bernburg im großen Saale des Gemeindefesthauses unsere Halbjahresversammlung statt. Vertreten waren alle Zahlstellen mit 103 Funktionären und vielen

sonstigen Mitgliedern. Vor Eröffnung der Tagesordnung gedachte Kamerad Kaack der toten Kameraden.

Der Rassenbericht zeigte, daß für Kurzarbeiter mehr als das Doppelte gegenüber allen anderen Unterstützungen gezahlt worden ist. Alle Belegschaften haben vier und mehr Feiertagen im Monat. Bei den Preußagwerken ist eine kleine Besserung eingetreten. Bis vor kurzem wurden dort nur in je zwei Wochen drei Tage, jetzt jedoch vier, also im ganzen Monat acht Tage gearbeitet. Der Unwille in diesen Belegschaften ist sehr stark. Der Mitgliederbewegung ist zu entnehmen, daß trotz der Feiertagen und des katastrophalen Rückganges der Belegschaften durch weitere Stilllegungen und andauernde Massenentlassungen und trotz der Unterminierungsversuche der Nazis und der RGD. dank der regen Mitarbeit der Funktionäre die Mitgliederzahl gehalten werden konnte.

Nachdem zu Tarif- und Lohnfragen Stellung genommen wurde und einiges in Knappschaftsangelegenheiten geklärt war, sprach Kamerad August Schmidt (Bochum) über: „Die Verklärung der Arbeitszeit im Bergbau und die internationalen Verhandlungen zur Verkürzung der Arbeitszeit“. Seine Ausführungen, die einen tiefen Ernst in sich bargen, waren klar und leicht verständlich. In seiner ruhigen Vortragart verstand er es, trotz der vorgerückten Zeit, die Berammelten über eine Stunde voll und ganz zu fesseln. Eine Ausstrache fand nicht statt.

Kamerad Engelhardt (Stahlfurt) beantragte, den Vorstand zu ersuchen, den Inhalt des Vortrages in Broschürenform an die Mitglieder herauszugeben zu wollen.

Zu der Anregung unseres Bezirksleiters Aug. Redbigau, nach der Ernte in allen Zahlstellen des Bezirks eine rege und durchgreifende Hausagitation vorzunehmen, wurden die notwendigen Vorarbeiten durchgesprochen und dementsprechende Anweisungen gegeben.

Aus dem Bezirk Aachen.

Im Namen des Volkes!

In der Privatklage des Friedrich Hufmann, Bandschreiber in Bochum, Wiemelhauser Straße 38-42, Privatklägers; Prozeßbevollmächtigte: Rechtsanwälte Dr. Löwenstein I und Löwenstein II in Aachen, gegen den Josef Pawlik, Hauer zu Kolscheid bei Aachen, Buschstraße 14, Angeklagter, hat das Amtsgericht Abteilung IV in Aachen in der Sitzung vom 15. Juli 1931, an welcher teilgenommen haben: Gerichtsassessor Schnitzler als Richter, Justizdiätar Klinger als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle, das Urteil dahin verkündet:

Der Angeklagte wird wegen öffentlicher Verleumdung zu einer Geldstrafe von 100 (einhundert) Mark, an deren Stelle im Nichtbeitragsfalle für je 10 M. ein Tag Gefängnis tritt, und zu den Kosten des Verfahrens verurteilt.

Dem Privatkläger wird die Befugnis zugesprochen, den erkennenden Teil des Urteils binnen vier Wochen nach dessen Rechtskraft in der Zeitung „Die Bergbau-Industrie“ in Bochum einmal auf Kosten des Angeklagten öffentlich bekanntzumachen.

BÜCHER

Sämtliche hier angezeigten Bücher sind durch unsere Buchhandlung H. Hansmann & Co. Bochum, Wiemelhauser Straße 38-42, zu beziehen.

Entwürfe von Uebereinkommen und Empfehlungen der Internationalen Arbeitskonferenz. Die vorliegende Schrift enthält eine wörtliche und zusammenfassende Darstellung der Uebereinkommen und Empfehlungen, die von der Internationalen Arbeitskonferenz in der Zeit von 1919 bis 1930 angenommen worden sind. Es handelt sich dabei um nicht weniger als 30 Konventionen und um noch mehr Empfehlungen, die als das Ergebnis von 14 Arbeitskonferenzen anzusehen sind. Aber nicht nur die große Zahl, sondern die Vielseitigkeit der getroffenen Abmachungen zeigt, daß der Tätigkeit des Internationalen Arbeitsamtes mehr Bedeutung zukommt, als gewöhnlich angenommen wird. Leider ist aus der Uebersicht nicht ersichtlich, welche Staaten die Konventionen ratifiziert haben. Trotz dieses

Mangels kann die Schrift jedem, der sich für dieses Gebiet interessiert, empfohlen werden. Der Preis beträgt 2,50 Schw. Fr.

Der 8. Band des „Großen Brockhaus“ umfaßt alle Stichwörter, die mit dem Buchstaben H beginnen, und wir finden eine große Anzahl von Artikeln, die unsere besondere Aufmerksamkeit beanspruchen dürfen. Das erste Hochhaus in Amerika wurde bereits im Jahre 1883 erbaut, gegenwärtig haben wir in USA. über 4788 Gebäude mit mehr als 10 Stockwerken, davon 377 mit über 20 Stockwerken. Die zu diesem Artikel gehörende Tafel zeigt uns die berühmtesten Hochhäuser der Welt und gibt gleichzeitig einen Einblick in die Technik des Hochhausbaues. Wenige Seiten weiter stoßen wir auf den Artikel „Hochstationen“ mit einer Uebersicht über die bekanntesten meteorologischen Hochstationen. Tierfreunde werden an Bildtafeln „Hunde“ (55 Abbildungen) ihre helle Freude haben, der dazu übersichtliche Artikel (10 Spalten Text) gibt uns nicht nur eine ausführliche Klassifizierung (über die Stammesgeschichte unseres vierbeinigen Freundes können wir recht interessante Einzelheiten unter „Haus-tiere“ nachlesen), sondern auch Angaben über Hundezucht, Hundedressur oder Hundetraining, ein neuer Beweis, daß der „Große Brockhaus“ kein trodenes wissenschaftliches Werk ist, sondern in enger Verbundenheit mit der Praxis für das tägliche Leben geschaffen worden ist. Auf eine andere wichtige Eigenschaft des „Großen Brockhaus“ sollte immer von neuem hingewiesen werden: die unbestechliche Sachlichkeit, mit der er über alle Dinge berichtet, die für den Menschen von heute von Wichtigkeit sind. Dies trifft vor allem in politischer und konfessioneller Hinsicht zu. Der Verlag schrieb dazu einmal: „Der Große Brockhaus will keiner Partei dienen, er will nicht richten, sondern berichten. Strittige Ansichten, deren ja zur Genüge vorhanden sind, werden nicht so oder so entschieden, sondern unbefangenen Nebeneinander gebracht.“ In welcher Höhe dieses Ziel erreicht wurde, das zeigen die vorliegenden acht Bände, und der selbständig denkende Mensch, der gewöhnt ist, Anschauungen und Meinungen nicht unbesonnen zu übernehmen, sondern sich selbst sein Urteil zu bilden, kann mit Genugtuung feststellen, daß es eine Stelle gibt, die ihm in vorurteilsfreier und objektiver Weise die Unterlagen hierzu vermittelt.

UNSERE TOTEN

- Es starben folgende Kameraden:
- Dorffeld I. Am 7. Juli: Hugo Mühlhoff, 26 J. alt.
 - Glöckel I. Am 28. August: Georg Weber, 51 Jahre alt, infolge Steinstaublunge.
 - Kray. Im dritten Vierteljahr: Peter Knipper, Verbandsjubiläum, durch Steinstaublunge; Felix Reha, infolge früheren Unfalls.
 - Ödberg. Am 24. August: Wilhelm Bernhardt, 44 Jahre alt, seit 1910 Mitglied.
 - Morken. Am 17. August: Josef Deußen, 27 Jahre alt, durch Unglücksfall.
 - Planitz-Ost. Am 20. August: Walter Helbig, 33 Jahre alt, durch Unglücksfall.
 - Stüter. Im August: Gustav Utenfeld, 68 Jahre alt, langjähriger Funktionär, durch Unglücksfall.
 - Stahlfurt. Im Juli: Joachim Wieneke, 66 Jahre alt, seit 1916 Mitglied; Karl Latschen, 47 Jahre alt, seit 1919 Mitglied; Friedrich Bollmann, 67 Jahre alt, seit 1918 Mitglied; Paul Schünemann, 42 Jahre alt, seit 1918 Mitglied.
 - Uebach I. Am 10. August: Benjamin Wolleweber, 44 Jahre alt, eifriger Funktionär, durch Unglücksfall.
 - Zehnpfau. Am 22. August: Ernst Liepach, durch Unglücksfall.

Verbandsnachrichten

Bibliothek.
Planitz-Nord. Die Bibliothek befindet sich jetzt beim Kameraden Kurt Fickel, Pestalozzistraße 19.

GEG Kautabak
aus Deinem Konsumverein
Nichts ist würziger!

Sächsische Bettfedern
Fabr. P. Hoyer, Deltzsch 79
Provinz Sachsen, Angerstraße Nr. 4
sendet Ihnen nur allerbeste streng reelle Qualitäten
Bettfedern bedeutend billiger zu Fabrikp.

Billige böhmische Bettfedern
Nur reine gutfüllende Sorten.
1 Kilo: graue gefüllte Nr. 2,50, halbweiße Nr. 3, weiße Nr. 4, bessere Nr. 5, u. 6, dunkelweiße Nr. 7, u. 8, beste Sorte Nr. 10, u. 12, weiße ungefüllte Federbetten Nr. 1,50 u. 7,50, beste Sorte Nr. 9,50
Verband portofrei, spätere gegen Nachnahme.
Küster frei Umtausch und Rücknahme gestattet.
Benedikt Sahjel, Lobes 209
bei Pilsen in Böhmen.

Was Lungenfranke wissen müssen!
Durch Verbindung lebenswichtigen...
Rechtliche Fragen klärt das Gesetz
Bezieht unsere Organisationsausgaben H. Hansmann & Co., Bochum

PREISABBAU - Neue Gänsefedern
Mit Daunen, doppelt gereinigt Pfd. 2,50 und 3,- M., nur kl. Federn (Halbdaunen) Pfd. 4,50 u. 5,-, 3/4-Daunen Pfd. 6,- u. 6,50, handgeriss. Federn 4,- bis allerfeinste 6,50, Vollaunen (herrl. füllend) Pfd. 9,- u. 10,-. Nur beste gewaschene und entstaubte Ware. In Ihrem Interesse **Gratis-Muster** verlangen! Nachahmung ab 5 Pfd. portofrei. Kein Risiko. Nichtgefallend Rücknahme. Ernst Weinberg, Heuterebba 141. Älteste Oederbrucher Bettfedern-Wäscherei.

Laubsägerei
In 3 Tagen
Gummi
Kräutersammeln
Unzeigen

Rechtliche Fragen klärt das Gesetz
Bezieht unsere Organisationsausgaben H. Hansmann & Co., Bochum
Betten
Eheleute, verlangt unsere Liste B gratis. Versandhaus „Reform“, Gössau-Grünmitchau 12

BOSCH
ROBERT BOSCH A.-G., STUTTGART
Nur noch RM. 14,-
kostet das gute BOSCH-Radlicht und doch... ja, und doch mühen Sie sich immer noch mit ihrer umständlichen und überlichschenden Karbidlampe! Machen Sie doch Schluss damit, und lassen Sie sich eine elektrische BOSCH-Lampe zeigen. Ein einfacher Handgriff und hell strahlt das Licht aus. Schon im Fußgänger tempo (z. B. beim Bergaufschieben des Rades) erhellt sie die Straße ausreichend, ihr Betrieb kostet nichts, sie braucht auch keine Wartung. Deshalb nur das Radlicht von

Freie Behandlung gegen Rheumatismus!
Wir senden Jedem Leidenden, der uns Namen und Adresse angibt, **kostenfrei** ein äußerlich anzuwendendes **Heilmittel** im Werte von RM. 5,- Tausende, die an Rheumatismus, Ischias (Hüftweh) oder Gicht litten, sind durch unsere Wunder-Fußplaster geheilt worden. Rheumatismus wird durch die Ansammlung von Harnsäure in den Gelenken und Muskeln verursacht; und wir heilen Sie, indem wir diese giftigen Säuren durch die großen Schweißporen der Haut unter den Fußsohlen entfernen. Wir heilen jede Form von Rheumatismus, ohne teure Bäder oder giftige und schädliche Drogen, auf eine leichtere, sichere und bessere Art, ohne Medizin. Zögern Sie nicht, senden Sie Namen und Adresse (eine Postkarte genügt) an **R. A. OLIVER, 246, New Court, Farringdon Street, London (England)**

Stoffe
für Herren- und Damenbekleidung, stets das Neueste in prachtvoll. Auswahl. Durch direkten Bezug grosse Ersparnisse. Musterkostenlos und ohne Kaufzwang.
Tuch-Wimpeltheater Augsburg 157.

Ihr Schicksal??
Ärztlog. Professor 1891 gratis. Holtenauer Gärtenstr. 3. Pilsener Berlin-Salzen 202. Unkostenfrei. n. G. G. G. G.

Blafate sowie Drucksachen jeder Art für die Zahlstellen liefert preiswert **H. Hansmann & Co., Bochum**